



LGBT*-Rechte

Der Kampf gegen Unterdrückung muss antikapitalistisch sein!

➔ Seite 14-15



Argentinien

Eine Wahlfront mit einem Programm der Klassenunabhängigkeit.

➔ Seite 19



Streikwelle

Arbeitskämpfe in Deutschland an den Grenzen der Sozialpartnerschaft.

➔ Seite 6-9

19

September 2015

KLASSEGEGENKLASSE

Zeitschrift der Revolutionären Internationalistischen Organisation | Deutsche Sektion der Trotzkiistischen Fraktion – Vierte Internationale | Preis: 1 Euro | Solipreis: 2 Euro

Nazis morden, der Staat schiebt ab!

Tagtäglich gibt es rechte Angriffe auf Geflüchtete. Die notwendige Antwort ist Klassensolidarität gegen den Rassismus von Nazis und Staat!



75. Todestag Leo Trotzki's

Vier Seiten extra über den Gründer der Vierten Internationale



Die **Revolutionäre Internationalistische Organisation** (RIO) ist die deutsche Sektion der Trotzkiistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI).

Klasse Gegen Klasse erscheint zehnmal im Jahr. Abos sind ab 25 Euro frei Haus erhältlich. Diese Zeitschrift wird auf Recycling-Papier gedruckt.

Redaktion: Wladek Flakin, Oskar Huber, Alexej Geworkian, Stefan Schneider, Baran Serhad. **Layout:** Wladek Flakin, Max Karlmann.

ViSdP: R. Müller, Hafestraße 120, 20359 Hamburg, Eigendruck im Selbstverlag.



Beim Sommercamp von RIO wird auch Wahlkampf gemacht.

International: Trotzkiistische Fraktion – Vierte Internationale
www.ft-ci.org

Argentinien: Partido de los Trabajadores Socialistas www.pts.org.ar
Mexiko: Movimiento de los Trabajadores Socialistas
www.mtsmexico.org

Bolivien: Liga Obrera Revolucionaria por la Cuarta Internacional
www.lorci.org

Brasilien: Movimento Revolucionário de Trabalhadores
www.palavraoperaria.org

Chile: Partido de Trabajadores Revolucionarios www.ptr.cl

Venezuela: Liga de Trabajadores por el Socialismo www.lts.org.ve

Uruguay: Juventud Revolucionaria Internacionalista
jrinternacionalista.wordpress.com

Spanischer Staat: Clase Contra Clase www.clasecontraclase.org

Frankreich: Mitglieder in der Courant Communiste Révolutionnaire innerhalb der NPA www.ccr4.org

Deutschland: Revolutionäre Internationalistische Organisation
www.klassegegenklasse.org

NR. 19 SEPTEMBER 2015

ONLINE LESEN...

- 3 Leitartikel:**
Trotzkismus in unserer Zeit
- 4 Refugees:** Der rassistischen Welle entgegenzutreten!
- 6 Streikwelle 2015:** An den Grenzen der Sozialpartnerschaft
- 9 Sozial- und Erziehungsdienst:** Der Kampf geht weiter
- 10 Geschichte:** Trotzki, der Name der Revolution
- 14 LGBT*:** Hammer, Sichel & Regenbogen
- 18 Geschichte:** Vergessene KommunistInnen
- 19 Argentinien:** Wahlfront als Impuls für revolutionäre Partei
- 20 Griechenland:** Neue reformistische Illusion oder revolutionäre Alternative?



Proletarischer Feminismus

Interview mit der sozialistischen Frauengruppe *Pan y Rosas* im Spanischen Staat.



MRT in Brasilien

Wie sieht die revolutionäre Antwort auf die wirtschaftliche und politische Krise aus?

Sommercamp von RIO

Die Hündin Laika, benannt nach ihrem Vorbild aus der Sowjetunion, sucht sich auf dem alten FDJ-Gelände einen schattigen Ort. Währenddessen sitzen auf zwei Seminarräume und ein paar Wiesen verteilt Jugendliche, ArbeiterInnen und Studierende. Sie diskutieren Themen wie die Bedeutung von Einheits- und Volksfrontpolitik oder lesen einen Auszug aus John D'Emilios „Capitalism and Gay Identity“.

So sah das Sommercamp von RIO aus, das Anfang August in der Nähe von Berlin stattfand. Dort gab es Diskussionen über Sexismus in der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, die Kämpfe von LGBT*-Menschen und revolutionäre Organisation von Frauen. Weitere Workshops widmeten sich Themen wie der nationalen Frage Kurdistans, Gewerkschaften und Ökologie oder dem Neoreformismus.

Wichtig war es, bewusst eine Atmosphäre zu schaffen, die allen Menschen die aktive Teilnahme ermöglichte. Einen besonderen Schritt stellte die Teilnahme von KollegInnen von Amazon und der BVG sowie vielen unabhängigen Jugendlichen dar.

von Kofi Lumumba



Alte Ausgaben von Klasse Gegen Klasse ebenfalls erhältlich unter info@klassegegenklasse.org



Trotzkismus in unserer Zeit

VON STEFAN SCHNEIDER
UND VICTOR JALAVA

75 Jahre sind vergangen, seitdem der stalinistische Agent Ramón Mercader den russischen Revolutionär Leo Trotzki ermordete. Die Schlussfolgerungen, die der Anführer der Oktoberrevolution aus den zentralen Erfahrungen der ArbeiterInnenbewegung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zog, haben aber nichts an ihrer Aktualität verloren.

Einheitsfront oder Volksfront, proletarischer Internationalismus oder reaktionärer Nationalismus, Revolution oder reformistische Illusion: Diese strategischen Fragen sind die wichtigsten Debatten der Stunde, die die Aktualität des trotzkistischen Erbes aufzeigen.

Rechte Gewalt

In Deutschland erleben wir aktuell eine neue Welle rechter Gewalt, inmitten einer europaweiten Misere. Gegen die katastrophalen Zustände in Geflüchtetenunterkünften bilden sich solidarische Basisinitiativen. Doch so wichtig diese selbstverwalteten Projekte sind, so unzureichend sind sie doch gegen die wachsende rassistische Gewalt. Selbstschutz gegen rechte und faschistische Banden steht genauso auf der Tagesordnung wie der Kampf für die Legalisierung aller Illegalisierungen und für demokratische und soziale Rechte für alle Unterdrückten.

Der kapitalistische Staat schafft mit seiner Hetze gegen MigrantInnen, die wirtschaftlich nicht „nützlich“ sind, seinen Abschiebungen und seiner Repression gegen antirassistische Bewegungen erst das Klima, in dem rassistische Pogrome stattfinden können. Dagegen gilt es, antirassistische und antifaschistische Einheitsfronten aufzubauen, die den Kampf gegen rechte Banden mit einem Kampf gegen den bürgerlichen Staat verbinden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Verteilung der Arbeit auf alle vorhandenen Schultern und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich sind Losungen, die die Interessen der Geflüchteten mit den Interessen der ArbeiterInnen hierzulande vereinigen können.

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise fand auch eine Umformung der politischen

Landschaft Europas statt. Alte Parteiengefüge verschwanden, neue entstanden, allen voran die griechische Syriza.

Im Zusammenhang mit der Schwächung der alten reformistischen Formationen präsentierte sich Syriza als Fortführung der Massenproteste der letzten Jahre. Sie erneuerte die reformistische Illusion, dass weitgehende gesellschaftliche Veränderungen durch professionelle PolitikerInnen in Parlamenten und Regierungen gemacht werden könnten, statt durch die ArbeiterInnen selbst.

Doch Syriza ist vor der eigenen Bourgeoisie und der vom deutschen Imperialismus dominierten „Troika“ in die Knie gegangen. Eine Abspaltung von Syriza hat sich nun als „Volkseinheit“ konstituiert. Ihr Ziel ist der Aufbau einer „Anti-Memorandum-Allianz“, ohne Klassenabgrenzung und ohne revolutionäre Strategie – ihrer Meinung nach eine Rückkehr zu Syrizas Ursprüngen. Doch Syriza ist nicht trotz, sondern wegen ihrer neoreformistischen Strategie gescheitert.

Politische Unabhängigkeit

Wir ziehen daraus die Lehre, dass eine Kraft aufgebaut werden muss, die unabhängig von der Regierung und allen politischen Varianten der Bourgeoisie ist, und die mit einem Programm der Verstaatlichung unter ArbeiterInnenkontrolle der Industrie, des Bankwesens und des Außenhandels und des Kampfes für eine ArbeiterInnenregierung einen revolutionären Bruch mit dem Kapitalismus durchsetzen kann. Gegen die Volksfront im Parlament setzen wir eine Einheitsfront der mobilisierten ArbeiterInnenklasse.

Dies ist auch die Strategie unserer argentinischen Schwesterorganisation, der PTS, die sich in Arbeitskämpfen und demokratischen Bewegungen mit einem klar revolutionären Programm aufbaut. Die Erfolge der Wahlfront FIT dienen da-

bei als Tribüne für die Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse.

Die griechische Debatte hat auch Auswirkungen auf das Verständnis des Internationalismus: Mittlerweile feiert die internationale Linke die Perspektive eines „Grexit“, also eines griechischen Euro-Austritts. Die kapitalistische EU kann keine progressive Perspektive für die griechischen Massen bieten, doch ohne klare Strategie des revolutionären Bruchs bedeutet „Grexit“ nur die Rückkehr zu einem nationalen Kapitalismus. Viele Linke argumentieren, dass die Wiedererlangung von nationaler Souveränität gegenüber dem Troika-Diktat in sich schon progressiv wäre – wir stehen also vor einem neuen „linken Souveränismus“, der es versäumt, dem Europa des Imperialismus ein wahrhaftes Europa des Proletariats entgegenzusetzen.

Antwort der ArbeiterInnen

Die oben angeschnittenen strategischen Debatten sind heute Gradmesser für eine Antwort der ArbeiterInnenklasse auf die Krise des Kapitals. Mit der vorliegenden Ausgabe widmen wir uns unter anderem diesen Fragen, als Beitrag zum Aufbau einer revolutionären Alternative. Das Erbe Trotzki, das wir verteidigen, ist auch 75 Jahre nach der Ermordung des Gründers der Vierten Internationale brandaktuell.

Wir sind überzeugt, dass die fortschrittlichsten Sektoren der ArbeiterInnen und der Jugend in der Lage sind, sich politisch auf die „Höhe“ eines revolutionären sozialistischen Programms zu „erheben“, ohne sich pro-kapitalistischen Führungen unterwerfen zu müssen. Voraussetzung dafür ist, dass die RevolutionärInnen ein korrektes Programm mit einer kühnen Intervention in die ArbeiterInnenklasse verbinden. Sonst werden sie dazu verdammt bleiben, den immer neuen Vermittlungsinstanzen des Reformismus hinterherzulaufen.



Workshops und Podiumsdiskussion zum 75. Todestag Leo Trotzki

Samstag, 17. Oktober • Mehringhof, Berlin
volles Programm auf: www.klassegegenklasse.org



REFUGEES: Die verheerende Situation der Geflüchteten, von Deutschland bis an die EU-Außengrenzen auf Kos, Lampedusa oder in Mazedonien beweist, dass die imperialistischen Mächte nur Elend für die Massen anzubieten haben. Die Herausforderung für die Linken ist es, einen Ausweg aus der Misere aufzuzeigen.

VON ALEXEJ GEWORKIAN

All diejenigen, die dachten, dass die infolge der Weltwirtschaftskrise und des Arabischen Frühlings höchste Zahl an Geflüchteten seit dem Zweiten Weltkrieg im Jahre 2013 eine Ausnahme sei, sahen sich schon im nächsten Jahr eines Besseren belehrt. Und auch in diesem Jahr werden wohl so viele Menschen auf der Flucht sein wie seit 1945 nicht mehr. Im Jahr zuvor waren es knapp 60 Millionen Menschen, die zumeist infolge von Kriegen fliehen mussten. In der Bundesrepublik wurden bis zum Juli dieses Jahres so viele Asylanträge wie im gesamten Jahr 2014 gestellt. Rund 220.000 Asylanträge gingen bei den Behörden ein, sodass die Bundesregierung die Zahl der Asylanträge für das gesamte Jahr 2015 auf über 800.000 schätzt. Zum Vergleich: im bisherigen „Rekordjahr“ 1992 waren es knapp 440.000 Anträge.

Während diese Zeit mit dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen als ein dunkles Kapitel in Erinnerung geblieben ist, wiederholen sich seit Monaten ständig rassistische Gewalt und Hetze gegen Geflüchtete auf dem gesamten Bundesgebiet. Fast täglich ist von Anschlägen auf Geflüchtetenunterkünfte zu lesen. Die meisten werden von rechtsextremen Gruppen organisiert, finden in immer mehr Gemeinden einen beunruhigenden Anklang unter Bevölkerungsschichten, deren Lebensqualität, vom Staat vernachlässigt, sinkt.

In einer Situation der kontinuierlichen rassistischen Hetze der bürgerlichen Parteien entwickelt sich aus diesem Unmut eine rechte Polarisierung der Mittelschichten.

Die Heuchelei der Parteien

Diese Hetzkampagne schlug in den letzten Wochen immer höhere Wellen. Alle bürgerlichen Parteien, von AfD und FDP über CDU/CSU und SPD bis hin zu den Grünen sind sich darüber einig, die Asylgesetzgebung *de facto* vollkommen zu vernichten. Dies geht durch die immer absurder anmutende Aufnahme von Ländern wie dem Kosovo, Albanien und Montenegro in die Liste der „sicheren Herkunftsstaaten“; die Forderung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), das Taschengeld von 142 Euro abzuschaffen oder durch Sachgutscheine zu ersetzen; die durch die „Gewerkschaft“ der Polizei, die AfD und rechte Teile der CDU angestoßene Diskussion, Grenzkontrollen wieder einzuführen und dafür mehr PolizistInnen einzustellen bis hin zur Eröffnung von „Camps“, um Geflüchtete aus dem Balkan in Grenznähe kostengünstig und schnell abzuschicken. Dass das Schicksal Zehntausender Menschen, die vor Elend, Verfolgung, Krieg und Hunger flüchten, dabei als reiner Kostenpunkt dargestellt wird, ist ein bürgerlicher Konsens.

Einer skandalösen Schätzung nach würden die Geflüchteten dem Staat zehn Milliarden Euro kosten. Die Tatsache an sich ist nicht skandalös: In Wirklichkeit sollte Deutschland wesentlich mehr Geld für die gute Versorgung und Unterbringung der Geflüchteten ausgeben, besonders wenn sich täglich die Schlagzeilen über die sich vergrößenden Steuereinnahmen und die gute wirtschaftliche Konjunktur häufen. Skandalös ist sie deshalb, weil sie Teil der rassistischen Kampagne der imperialistischen Medien ist, die Kosten für die Geflüchteten zu verringern und die Abschiebungen „effizienter“

Der rassistischen Welle entgegenreten!

zu gestalten. Selbst die Linkspartei gibt diesem reaktionären Klima nach: Sie lässt nicht nur eine „rote Linie“ in puncto Waffenlieferungen und Auslandseinsätze der Bundeswehr fallen. Das ist kein Einzelfall, sondern ein Ausdruck dessen, dass die Partei auf ihrem sozialchauvinistischen Kurs dem rechten Klima nachgibt, anstatt eine konsequente Alternative der Ausgebeuteten und Unterdrückten darzustellen.

Desaströses Versagen

Dabei ist die deutsche Politik nicht von der europäischen zu trennen und auch der Blick auf die anderen Länder verheißt nichts Gutes: In Mazedonien wurde aufgrund des zu großen Andrangs auf den Bahnhöfen der Ausnahmezustand ausgerufen und Tränengas gegen Geflüchtete eingesetzt. Ungarn ist im Begriff, einen 175 Kilometer langen Zaun mit NATO-Stacheldraht zu bauen (und dabei EU-Recht zu verletzen), der die Geflüchteten davon abbringen soll, in ihr Land einzureisen – schließlich ist Ungarn auf der berüchtigten „Balkan-Route“ das erste Land der EU, das die Geflüchteten nach Griechenland betreten. In Griechenland selbst ist die Lage infolge der Sparmaßnahmen so katastrophal, dass die Geflüchteten dieses Land meiden und weiterziehen wollen. Tausende Geflüchtete müssen wochen- und monatelang unter unmenschlichen Bedingungen auf den grenznahen Inseln wie Kos leben und werden obendrein von der Polizei angegriffen.

Woche für Woche sterben Hunderte, die versuchen, das Mittelmeer in Richtung Italien zu überwinden. Doch für die meisten geht die Flucht weiter ins imperialistische Zentrum, nach Großbritannien oder Deutschland. Die imperialistische Hetzkampagne der britischen Regierung gegen die Geflüchteten, die den lebensgefährlichen Weg über den Eurotunnel bei Calais auf sich nehmen, macht nur zu deutlich, dass Menschenleben für die Herrschenden in ihrem wütenden Rassismus keine Rolle spielen.

Es verwundert nicht, dass die meisten Geflüchteten aus Ländern wie Syrien, Afghanistan oder Somalia kommen, wo nicht zuletzt aufgrund der NATO-Interventionen seit Jahren Krieg und Elend herrschen. Auch für Deutschland ergibt sich ein ähnliches Bild: Rund ein Fünftel der AsylbewerberInnen kommt aus Syrien, dessen Lage sich mit dem Erstarken des Islamischen Staates nochmals verschärft hat. Doch während die Anerkennungsquoten von Ländern wie Syrien oder Irak mit ungefähr 90 Prozent noch recht hoch sind, tendieren sie bei allen Balkanstaaten wie Serbien oder Montenegro gen Null. Dabei war das Gebiet des ehemaligen Jugoslawien in den 90er Jahren Schauplatz von NATO-Bombardements – an denen sich auch Deutschland erstmals seit 1945 beteiligte. Die Hunderttausenden, die auf der Suche nach einem besseren Leben nach Europa und Deutschland fliehen und dabei ihr Leben riskieren, sind dazu aufgrund der jahrzehntelangen kriegerischen und wirtschaftlichen Zerstörung ihrer Herkunftsgebiete durch den französischen, britischen, nordamerikanischen und deutschen Imperialismus gezwungen.

Hier angekommen, erwartet sie jedoch oft kein besseres Schicksal. In den Zeltlagern, die vor einigen Großstädten aufgebaut wurden, herrschen Berichten solidarischer HelferInnen zufolge „Zustände wie in Kriegsgebieten“. Es gibt zu wenig Platz, kaum

Toiletten, zu wenig ÄrztInnen – Krankheiten breiten sich deshalb rasch aus. Aus allen Ecken des Landes hört man, dass zu wenig Geld für die Unterkünfte zur Verfügung stehen, was sich direkt auf die Lebensbedingungen der Geflüchteten auswirkt. Entgegen dessen, was die bürgerlichen PolitikerInnen immer wieder sagen, unterscheidet sich diese Situation nicht grundlegend von der, der die Geflüchteten auf Kos oder Lampedusa ausgesetzt sind. Zynischerweise ist dies Teil einer Asylpolitik, die auch in Zukunft vermehrt auf Abschreckung mittels katastrophaler Zustände in den Lagern setzen will. In diesem Sinne haben die bürgerlichen PolitikerInnen, entgegen ihren heuchlerischen Kommentaren, auch kein Interesse an der Bekämpfung der rassistischen Gewalt auf den Straßen.

Das ist jedoch kein „Scheitern“ der deutschen Asylpolitik, sondern die einzige Antwort der Herrschenden auf die „Einwanderungskrise“, nämlich jede Hoffnung vernichten, dass die Geflüchteten in Deutschland ein besseres Leben beginnen können. In diesem Sinne wurde mit 11.000 Abschiebungen im Jahr 2014, die zumeist in die Balkanländer Serbien, Mazedonien und Kosovo erfolgten, ein weiterer Rekord verzeichnet. Und allein im ersten Halbjahr 2015 wurden 8.178 Menschen abgeschoben – das sind 42 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Für die meisten Geflüchteten bedeutet diese Politik Tod und Folter in ihrem Herkunftsland.

Gleichzeitig rufen die RegierungspolitikernInnen im Chor mit der Bourgeoisie nach noch mehr „Verantwortung“ in der Welt – nach neuer imperialistischer Vorherrschaft besonders im Nahen Osten und auf dem Balkan. Diese Herrschaft stellt sich auch in Form von massiven Waffenexporten dar, ohne die die deutsche Wirtschaftspolitik nicht zu denken ist. Die derzeitigen Flüchtlingsströme stellen also die Rückwirkungen der imperialistischen Wirtschafts- und Kriegspolitik dar. Auch deshalb sehen Teile der Bourgeoisie die Notwendigkeit, sich die große Zuwanderung hinsichtlich einer zukünftigen „Wettbewerbsfähigkeit“ zunutze zu machen, anstatt sie nur zu bekämpfen.

Jetzt aktive Solidarität organisieren

„Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“ Diese Worte von Friedrich Hölderlin beschreiben, warum die Geflüchtetenbewegung die dynamischste demokratische Bewegung trotz all der Repression und Verfolgung vom Staat war.

Und die Revolte von Suhl, wo sich die Geflüchteten gegen die Brutalität und Willkür der Polizei zur Wehr setzten, mag ein Vorspiel an neuen Kämpfen auf der Straße sein.

Die Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte im gesamten Bundesgebiet und nicht zuletzt die besonders gewalttätigen Ausschreitungen in Heidenau und Freital müssen die gesamte Linke wachrütteln. Es ist notwendig, gemeinsam mit ArbeiterInnen, Jugendlichen, Geflüchteten und solidarischen AktivistInnen die Selbstverteidigung der Betroffenen und ihrer Unterkünfte zu organisieren, anstatt dies der Polizei zu überlassen. Die Aufgabe der Stunde ist es, die kämpferischen Aktionen der Geflüchteten und der solidarischen Jugend wieder aufzunehmen und eine breite demokratische Bewegung gegen die Regierung und ihre rassistischen Pläne und die rechte Gewalt und für Bleiberecht für alle aufzubauen.

Streikwelle2015 #streikwelle2015 #streikwelle2015 #streikwelle2015

An den Grenzen der

VON OSKAR HUBER

Im Frühling dieses Jahres streikten Bahn, Post, Sozial- und Erziehungsdienst und Amazon. Auch der öffentliche Dienst der Länder war zeitweise im Warnstreik, kurz die Postbank. Außerdem demonstrierten, von der IG Metall in eintägige Warnstreiks gerufen, hunderttausende MetalllerInnen für einen Augenblick ihre

Macht. Die Charité Berlin wiederum erlebte eine sehr erfolgreiche Streik-Kampagne für mehr Personal unter dem Motto „Mehr von uns ist besser für alle“. Insgesamt wurden im ersten Halbjahr 2015 fast eine Million Arbeitsstunden bestreikt, soviel wie seit den frühen Neunzigern nicht mehr.

Das Streikjahr begann eigentlich schon 2014: Der längste Streik, den die Deutsche

Bahn je kannte, wurde von der Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL) geführt. Bereits im November wollte die Bahn ihn gerichtlich verbieten und scheiterte damit. Die Spartengewerkschaft, die ihre Existenzberechtigung gegenüber dem viel größeren DGB-Mitglied der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) in jedem Streik neu erkämpfen muss, läutete auch die Streikwelle von 2015 ein.

Zwei Gewerkschaften, nur eine kämpft

Für die BahnerInnen ging es unter anderem um Arbeitszeitverkürzung und Überstundenabbau. Für die GDL ging es aber um mehr: Denn nach dem seit Juli in ein Gesetz gegossenen Wunsch der GroKo werden Minderheitsgewerkschaften – wie auf den ganzen Bahnkonzern gesehen die GDL – in Zukunft nicht mehr ohne weiteres zum Streik aufrufen dürfen („Tarifeinheitsgesetz“). Deshalb ging es für die GDL um die Anerkennung als Tarifpartner, nicht nur für die mehrheitlich bei ihnen organisierten LokführerInnen, sondern auch für das weitere Zugpersonal.

Warum aber hat nur die kleinere Gewerkschaft gekämpft? Die EVG-Führung ist das Sinnbild des Standortnationalismus. Noch eher bekämpfte sie die Streikenden der GDL und das Streikrecht als Ganzes, als zu erlauben, dass diese den sozialpartnerschaftlichen *modus operandi* in Frage stellen. Damit vertrat sie eine gemeinsame Linie mit IG Metall und IC BGE, die mit dem Tarifeinheitsgesetz potentielle „KonkurrentInnen“ kurzerhand aus dem Weg räumen wollten. Ihr Bündnis mit der deutschen Regierung und den Bahn-Bossen gegen die Beschäftigten ist eine Warnung an alle ArbeiterInnen.

Die Arbeitsniederlegungen der GDL von bis zu zwei Wochen am Stück trafen das deutsche Kapital als Ganzes ökonomisch hart. Bis in die deutsche Regierungsspitze wurde der Streik bekämpft, weil das langfristige Stillstehen der Schienenlogistik für mehrere Branchen hohe Verluste brachte.

Im Sinne der gesamten Klasse

Die Angriffe auf Streikende waren entsprechend scharf. Der Hauptvorwurf von Presse, Regierung und DGB-BürokratInnen: Die LokführerInnen nützten ihre „Privilegien“ aus, verträten „nur Partikularinteressen“. Die Stellung der LokführerInnen im Produktionsprozess ist insofern „privilegiert“, als sie mit vergleichsweise geringem Aufwand große Sektoren lahmlegen können. Doch sie nutzten ihre Privilegien für die gesamte Klasse, indem sie das einzige Bataillon im Kampf ums Streikrecht stellten. Damit waren die einzigen mit „partikularen Interessen“ die BürokratInnen im DGB, die ihre Privilegien über das Wohl der gesamten Klasse stellten.



BAHN

Der demokratische Einsatz der Streikenden für die Klasse blieb nicht unerkannt: Trotz massiver medialer Hetze aller großen Verlagshäuser und Fernsehanstalten gab es Sympathien in der lohnabhängigen Bevölkerung, die man vor Ort bei den Streikposten auch spüren konnte.¹ Das Kapital wollte gerade wegen ihrer Bedeutung für den Klassenkampf als Ganzes ein Exempel an den BahnerInnen statuieren – das misslang.

Das Tarifeinheitsgesetz kann bis Ende 2020 bei der Bahn nicht angewendet werden. Eine Million Überstunden der LokführerInnen werden abgebaut. Nach 420 Streikstunden wird aus diesen Erfolgen jedoch noch kein echter Sieg. So kommt eine Arbeitszeitverkürzung erst ab 2018, aber die Stellung der GDL wird von der Bahn nur toleriert. Für den vereinbarten Tarifvertrag gilt die sogenannte „Friedenspflicht“ bis September 2016, also ein Streikverbot.² Die kompromisslerische Streikführung der GDL hat das Schlichtungsergebnis unterschrieben, auch wenn viele KollegInnen noch weiter gekämpft hätten.

1. Interview: LokführerInnen im Streik. <http://www.klassegegenklasse.org/interview-lokfuhrerinnen-im-streik/>

2. Timsel Sommer: Schnöde Schlichtung auf der Schiene. <http://www.klassegegenklasse.org/schnode-schlichtung-auf-der-schiene/>

Streikwelle2015 #streikwelle2015 #streikwelle2015 #streikwelle2015

#streikwelle2015 #streikwelle2015 #streikwelle2015 #streikwe

Sozialpartnerschaft

ver.di in der Sackgasse



POST

Das Ergebnis des Poststreiks ist einfacher zu beschreiben: niederschmetternd. Der Streik, der mit dem völligen Verrat der Führung und einer Niederlage auf ganzer Linie endete, musste über einen legalen Umweg wegen „Vertragsbruch“ begonnen werden. Es ging um die Tochtergesellschaften der Post („Delivery“). Als ehemaliges Staatsunternehmen verfügte die Post über eine starke gewerkschaftliche Organisationsrate und eine genauso starke Einbindung in die Sozialpartnerschaft. Letztere sollte dem Streik zum Verhängnis werden.

Bei den neuen Tochtergesellschaften, mit denen massives Outsourcing stattfindet, gibt es weit schlechtere Bezahlung und keine ArbeiterInnenstrukturen. Auch wird mit der Ausgliederung die materielle Basis eines Teils der Gewerkschaft zerstört: Vertrauensleute und Freigestellte fallen durch die vom Konzern erzwungene Umstrukturierung weg.

Trotzdem begann ver.di spät, langsam und gemäß *business as usual*. Nach innen legte die Gewerkschaft eine besondere Streikundemokratie an den Tag: Der Kampf wurde ohne Urabstimmung begonnen, damit er auch ohne Abstimmung beendet werden konnte – was tatsächlich geschah.

Allen Widrigkeiten zum Trotz bildete sich eine außerordentlich kämpferische Avantgarde aus Post-ArbeiterInnen, die rund um die Uhr Streikposten stand und all ihre Kraft in den Kampf steckte.

Kampf ohne Ende

Was für die Post mit den „Delivery“-Töchtern kommt, ist bei Amazon schon von Anfang an Realität: Es gibt keinen Tarifvertrag, die Gewerkschaft ver.di wird an vielen Standorten nicht einmal toleriert, geschweige denn darf sie Partnerin sein. Und die Ideologie der Sozialpartnerschaft führt auch hier dazu, dass es kein Rezept für den Fall gibt, wenn der Konzern diese Partnerschaft nicht annimmt.

Der lange Kampf um Amazon ist ein Minderheitenstreik: sehr teuer und ohne kurzfristige, nach außen erkennbare Erfolge. Nicht alle Standorte streiken, zum Teil befindet sich ver.di in einem zähen Aufbau, der durch die hergebrachten Methoden und die Befristungspraxis des Konzerns sehr schwer ist. So kann die Geschäftsführung an einigen Standorten ohne Weiteres aktive BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen aus dem Betrieb entfernen, indem ihre befristeten Verträge schlicht nicht verlängert werden. Ver.di ist durch diese Situation gezwungen, radikaler zu agieren, und duldet zum Teil Basisstrukturen, die auch verhältnismäßig unabhängig von der Bürokratie arbeiten.

Diese VorkämpferInnen gegen die Prekarisierung haben bereits kleine Erfolge erzielt, wie Weihnachtsgeld und Lohnerhöhungen.

Und ver.di wollte tatsächlich etwas erreichen, wenn auch bald die Losung ausgegeben wurde, gegen das Outsourcing nur noch „juristisch“ vorzugehen – also gar nicht. Aber der lange, von der Spitze immer noch deeskalierend geführte Streik wurde teurer als alle ver.di-Streiks der letzten drei Jahre zusammen. Selbst diese riesige Kraftanstrengung des Apparats reichte nicht für kleinste Zugeständnisse, eben weil sie von der Ideologie der Sozialpartnerschaft in die Niederlage gezwungen wurde, nach dem Motto: „Man wird sich doch noch einigen können!“

Entsprechend war der Schock: Die Post wich keinen Meter von ihrem Standpunkt zurück. Nur eine Eskalation des Streiks mit demokratischen und politischen Methoden hätte ihn verstärkt. Diesen einzigen realistischen Schritt aber wollte und konnte die Führung nicht gehen. So war es den KapitalistInnen erlaubt, die Grenze der Sozialpartnerschaft weit zu überschreiten; den ArbeiterInnen blieb das aber, teils aus realer Angst der Bürokratie vor Kontrollverlust, teils aus mangelnder Vorstellungskraft einer in ihrer Welt eingesperrten Kaste in ver.di, verwehrt.

Der materiell längere Atem des Kapitals braucht eine materielle Antwort unserer Klasse, auch das zeigte der Postkampf: Die Linkspartei, die oft nur symbolische Unterstützung für Arbeitskämpfe organisiert, sollte eine Kampfkasse für Streiks füllen, wie es die PTS (Partei Sozialistischer ArbeiterInnen) in Argentinien tut. Aber auch die radikale Linke muss beginnen, Streiks mehr als nur symbolisch zu unterstützen, sondern einerseits die Demokratisierung und Ausweitung zu verlangen, gleichzeitig aber auch die Kassenlage mit Soliaktionen zu verbessern.

Vor allem ist der Kampf die Chance einer neuen Generation: Junge kämpferische KollegInnen sind oft neu im Arbeitsprozess, oft nicht durch Niederlage, Langzeitarbeitslosigkeit und die passivierende Erfahrung der Sozialpartnerschaft belastet, sondern prekär und ausgestattet mit dem richtigen Anspruch ihrer Klasse, dass ihnen mehr zusteht. Damit können sie die ganze Klasse vorantreiben, wenn der Kampf sich ausweitet.

Natürlich versucht Amazon auch Spaltung, gibt einigen KollegInnen falsche „Sicherheiten“, und distanzier sie somit von der notwendigen gewerkschaftlichen Organisation. Dazu stößt der „Etappen“-Aufbau, der kämpferische KollegInnen eher bremst, an seine Grenzen. Eine Zusammenarbeit mit dem Post-Streik scheiterte ebenfalls am Unwillen einiger Bereiche der ver.di-Bürokratie.

Eine der wichtigsten Herausforderungen des Streiks und seiner Ausweitung wird die des Internationalismus: In Polen haben die KollegInnen während des letzten Streiks in Deutschland durch demonstratives langsames Arbeiten bereits ihre Solidarität ausgedrückt. Im Herbst finden mehrere internationale Treffen von GewerkschafterInnen in Poznań statt. Die Ergebnisse dieser Treffen werden richtungsweisend für den Fortgang der Arbeitskämpfe bei Amazon sein. Denn das Kapital ist bereits international – der Kampf muss es auch werden.

AMAZON



#streikwelle2015 #streikwelle2015 #streikwelle2015 #streikwe

Streikwelle2015 #streikwelle2015 #streikwelle2015 #streikwelle2015



KITA

Auf sich alleine gestellt

Bei dem Streik des Sozial- und Erziehungsdienstes ist die praktizierte Streikdemokratie eine große Errungenschaft der Kämpfenden. Zwar hat die Bürokratie solche demokratischen Formen stets versucht, mit teilweiser Kooptierung der Kämpfenden zu unterlaufen. Doch musste sie etwas Selbstorganisation erlauben, um eine größere Kampfkraft zu bekommen. Teilweise haben die FunktionärInnen dabei die Kontrolle verloren – sonst hätte sich nicht die Delegiertenkonferenz und die aus Sicht der Streikenden erfolgreiche Mitgliederbefragung durchgesetzt, sondern ver.di-Chef Frank Bsirske mit seiner Forderung nach Annahme der Schlichtung. Der Bürokratie blieb nur die Verzögerung der Wiederaufnahme des Kampfs, verhindern konnte sie ihn nicht mehr.

Der Inhalt der Schlichtung gab das allgemeine Interesse des Kapitals wieder, nämlich die Spaltung der Beschäftigten: Fast nur lang beschäftigte ErzieherInnen bekämen demnach eine Erhöhung, auch die sollte nur bei um die drei statt den geforderten zehn Prozent für alle liegen. Nun kommt es darauf an, eine kräftige Wiederaufnahme des Streiks hinzulegen, die alle vorhandenen demokratischen Strukturen stärkt und den politischen Charakter des Kampfes betont.

Die Stellung der Sozial- und Erziehungsbeschäftigten ist keine reine „Tariflogik“, sondern auch ein feministischer Kampf um den

Wert einer hauptsächlich von Frauen geleisteten, weit unterbezahlt und zu wenig anerkannten Arbeit. Für diese Anerkennung sollte die ganze Klasse, auch KollegInnen aus anderen Sektoren, eintreten. Beim Krankenhaus Charité in Berlin gelang es dem Soli-Netzwerk und den Streikenden gut, die Forderungen als politisch notwendig in die Öffentlichkeit zu tragen. Davon kann man lernen – genauso von den Basisstrukturen, die die Charité-KollegInnen aufgebaut haben und die noch mehr ausgebaut werden müssen.

Eine qualitativ andere Kampfkraft hätten tatsächlich Solidaritätsstreiks der Industriegewerkschaften. Sie sollten für das politische Ziel der Aufwertung von Erziehungsberufen und der Anerkennung der Sozial- und Erziehungsarbeit überhaupt eintreten. Das ist momentan nicht legal, weil die Metall-ArbeitgeberInnen unmittelbar keinen Einfluss auf den Verband Kommunaler Arbeitgeber haben – nur dann sind in Deutschland Solidaritätsstreiks erlaubt.

Aber das Kapital hat einen unmittelbaren Einfluss auf die Regierungen. Wird sein Herz getroffen, dann wird auch die Gesprächsbereitschaft der öffentlichen ArbeitgeberInnen schlagartig zunehmen. Und wenn Eltern in den Industriegewerkschaften, die ein unmittelbares Interesse an guter Erziehungsarbeit haben, nicht mit ihren KollegInnen kämpfen dürfen, dann ist das bestehende Gesetz illegitim. Diese Diskussion muss in den Gewerkschaften aufgenommen werden und das geschieht am besten durch konkrete Forderungen: Die anderen DGB-Gewerkschaften sollen zu Solidaritätsstreiks aufrufen!

Nieder mit der Sozialpartnerschaft!

In den Streiktagen wurden viele wichtige Erfahrungen mit den Grenzen der Sozialpartnerschaft gemacht. Die Sozialpartnerschaft, als Ideologie und als bürokratische Struktur der Klassenversöhnung, ist das Haupthindernis im Aufschwung des Klassenkampfes.

Das Gefühl, durch die Klassenzusammenarbeit relativ viel Einfluss zu haben, erwies sich bei der Post zu Lasten der ArbeiterInnen als falsch. Der Bahnstreik zeigte die verräterische Fratze des Standortnationalismus in den DGB-Bürokratien, genauso wie das Potential kämpferischer Teile der Klasse in den Schlüssel-sektoren. Bei Amazon ist es notwendig, die gewerkschaftliche Organisation auch gegen den Willen der Bürokratie auszuweiten und zu internationalisieren.

Die alte Legende aus Teilen der Linken, die ArbeiterInnenklasse in Deutschland sei aufgrund mangelnder Kampffähigkeit strategisch nicht zentral, ist widerlegt. Die einzelnen neuen Kampferfahrungen finden vor einem Hintergrund einer massenhaften Unzufriedenheit statt, die sich episodisch Bahn bricht. Sie wird verursacht durch die

Langzeitwirkung der Agenda-Gesetze, die Prekarisierung und Verlust von Errungenschaften für größer werdende Teile der ArbeiterInnenklasse bedeutet, ebenso wie durch die dauerhafte Zurückhaltungspolitik in der Krise, für die die Gewerkschaftsbürokratie direkt zuständig war.

Nicht nur ist Leiharbeit von einer Nische zum zentralen Phänomen geworden, die Tarifbindung erodiert und lange erkämpfte Rechte wie die freie Organisation und der Achtstundentag werden in Frage gestellt. Auch wurde die Klasse gezwungen, die Repressionen kampffraglos hinzunehmen. In den sich nun mehrenden Kampfepisoden bildet sich dagegen eine junge, prekäre, oft weibliche und oft migrantische Avantgarde, die aber noch keinen politischen Ausdruck hat.

Die Notwendigkeit, die Streiks zu politisieren, betont auch der Reformismus, bis hin zu Linkspartei-Chef Riexinger. Aber mit welchem Programm? Wir sind nicht wie Riexinger der Ansicht, den Gewerkschaftseliten mangle es nur an gutem Willen und etwas Druck von unten oder die Vernetzung der linken Kräfte sei eben noch nicht

weit genug. Es sei daran erinnert, dass der linke Ministerpräsident Ramelow sich im Bundesrat zum „Tarifeinheitsgesetz“ enthielt, aus Rücksichtnahme auf die SPD.

Der gemeinsame politische Ausdruck, der die Bilanz aus bisherigen Niederlagen zieht, muss beinhalten: gegen die Sozialpartnerschaft und für die Unabhängigkeit der Lohnabhängigen gegenüber Kapital und Staat; für das Verbot von sachgrundlosen Befristungen und Outsourcing; gleicher Lohn für gleiche Arbeit von Männern und Frauen, Deutschen und MigrantInnen, Festangestellten und Prekären; für die Zusammenarbeit und Demokratisierung bestehender Arbeitskämpfe und für einen politischen Streik durch die DGB-Gewerkschaften; für gewählte, abwählbare und rotierende AmtsträgerInnen, die nicht mehr als einen durchschnittlichen ArbeiterInnenlohn bekommen. Ein solches Programm, als Ausgangspunkt einer klassenkämpferischen Strömung zur Zurückeroberung der Gewerkschaften, ist absolut notwendig, wenn die neuen Kämpfe und der sie begleitende neue Verrat nicht in Massenenttäuschung münden sollen.

Streikwelle2015 #streikwelle2015 #streikwelle2015 #streikwelle2015

#streikwelle2015 #streikwelle2015 #streikwelle2015 #streikwe

Der Kampf geht weiter

SOZIAL- UND ERZIEHUNGSDIENST: Die Streikenden lehnen den Schlichterspruch ab und zwingen so die Gewerkschaftsbürokratie dazu, den Kampf weiter zu führen. Jetzt ist alles daran zu setzen, den Druck aufrecht zu erhalten und einen eigenen Kampfplan zu entwickeln – auch gemeinsam mit anderen Sektoren.

VON LILLY FREYTAG

Der Arbeitskampf im Sozial- und Erziehungsdienst ist einer der großen Streiks, der in der ersten Jahreshälfte die Gemüter bewegte und in dem noch etwas zu gewinnen ist. Die SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen fordern eine höhere Eingruppierung, die sich in einer Lohnerhöhung um zehn Prozent über alle Berufsgruppen hinweg niederschlagen soll.

Kampfbereitschaft

Nach einiger Vorbereitungszeit und gescheiterten Verhandlungen traten die Beschäftigten am 8. Mai in den unbefristeten Streik, aufgerufen von den Gewerkschaften ver.di, GEW und dem Beamtendbund dbb. Im Rahmen bundesweiter Aktionstage gingen zehntausende ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen auf die Straße. Vier Wochen lang beteiligten sich 50.000 der 240.000 zum Streik aufgerufenen Beschäftigten mit kreativen Aktionen an Arbeitsk Kampfmaßnahmen.

Dann flüchteten sich die Gewerkschaftsbürokratie und die KapitalistInnen, vertreten durch den Verband Kommunaler Arbeitgeber (VKA), in die Schlichtung. Wenige Stunden vor einer Streikdelegiertenkonferenz einigten sie sich auf die Schlichtung und stellten die Delegierten vor vollendete Tatsachen. Diese äußerten zwar ihre Empörung, konnten die Aussetzung des Streiks aber nicht verhindern. Am 22. Juni verkündete die Schlichtungskommission dann ein Ergebnis, das den Knebel einer fünfjährigen Laufzeit und nur minimale Verbesserungen für einige Wenige enthielt.

Die Streikdelegiertenkonferenz sprach sich aber – anders als die Empfehlung der Bürokratie – gegen die Annahme des Vorschlages aus. Als Reaktion darauf wurde eine dreiwöchige Mitgliederbefragung durchgeführt, statt die Zeit und den Elan der Streikenden bis zu den Sommerferien zu nutzen.

Aber die Mitglieder lehnten den Schlichterspruch ab. Knapp 70 Prozent

der ver.di- und GEW-Mitglieder sprachen sich gegen eine Annahme aus.

Ver.di-Chef Frank Bsirske kündigt nun „unkonventionelle Streikmaßnahmen“ an – ohne dass uns eine Diskussion darüber bekannt ist, was sich dahinter verbirgt. Es ist davon auszugehen, dass die ver.di-Bürokratie mit allen Mitteln versuchen wird, weiteren Konflikten aus dem Weg zu gehen – zumindest bis zum ver.di-Bundeskongress Ende September. Auch danach wird sie alles daran setzen, eine weitere Ohrfeige wie bei den Abstimmungen zum Schlichterspruch zu vermeiden. Doch mit welchen Mitteln genau, ist nicht zu sagen. Ein Kompromiss, der besser ist als das Schlichtungsergebnis? Auch bürokratische Taschenspielertricks gibt es leider zur Genüge.

Solidarität und Kampfplan

Die große Bedeutung des gesellschaftlichen Rückhalts war der Gewerkschaftsbürokratie bewusst, deshalb wurde zumindest versucht, Solidarität von anderen Sektoren zu organisieren, vor allem bei den betroffenen Eltern. Der Basis wurde daher relativ viel Mitspracherecht gegeben, um sie aktiv mit einzubeziehen: Eine Bundesdelegiertenkonferenz wurde eingerichtet und es gab auch vor Ort immer wieder Diskussionen an der Basis.

Der Bürokratie gelang es jedoch nie vollständig, diese Gremien unter ihre Kontrolle zu bringen. So weigerte sich die Bundesdelegiertenkonferenz mehrfach, Entscheidungen zu treffen, die gegen die Interessen der SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen gerichtet waren und welche die BürokratInnen durchdrücken wollten. Diese Anfänge von Streikdemokratie sind unbedingt gegen die Bürokratie zu verteidigen und ihr Einfluss auszuweiten.

Gegen den kompromisslerischen Gewerkschaftsapparat muss jedenfalls eine Strömung von klassenkämpferischen, antibürokratischen Gruppierungen an der Basis gebildet werden. Eine solche Strömung kann nicht nur ihren Unmut zum Ausdruck bringen, sondern einen eigenen Kampf-

plan aufstellen und sich gegen ArbeitgeberInnen und BürokratInnen durchsetzen. Entgegen der Passivierungsversuche der Gewerkschaftsbürokratie muss sich der Kampfplan auf die Mobilisierungen an den Schulen, Universitäten und anderen Betrieben orientieren.

Politische Forderungen

Die Forderung nach Aufwertung der sozialen Berufe ist im Grundsatz eine politische. SchülerInnen, Studierende, linke und feministische Organisationen müssen den Kampf durch ihre aktive Solidarität unterstützen. Der wirtschaftliche Druck, der durch den Streik erzeugt werden kann, richtet sich nicht gegen die ArbeitgeberInnen selbst, sondern gegen die Gewinne von Unternehmen, deren Beschäftigte vom Streik betroffen sind. Deshalb müssen die DGB-Gewerkschaften die Isolierung brechen und zu Solidaritätsstreiks aufrufen.

Die ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen haben in den letzten Monaten die Erfahrung gemacht gemacht, dass die BürokratInnen nicht die Interessen der ArbeiterInnen vertreten. Deswegen ist es notwendig, den Einfluss demokratischer Organe wie der Streikdelegiertenkonferenz gegen sie zu verteidigen und auszuweiten. Dies wäre ein erster Schritt, um den BürokratInnen die Macht über die Entscheidungen im Arbeitsk Kampf und in den Gewerkschaften zu nehmen.



#streikwelle2015 #streikwelle201

Trotzki,

„Das letzte Thema der Unterhaltung war der Tod. ‚Es gibt etwas, was der Kommunismus niemals besiegen wird: den Tod‘, sagte Malraux. Trotzki antwortete ihm: ‚Wenn ein Mensch die Aufgaben, die sich ihm stellen, erfüllt hat, wenn er getan hat, was er tun wollte, ist der Tod einfach.‘“

– Jean van Heijenoort: Con Trotsky de Prinkipo a Coyoacan. Testimonio de siete años de exilio. Buenos Aires 2014. S. 57. (Eigene Übersetzung.)

VON EDUARDO CASTILLA
REDAKTEUR VON LA IZQUIERDA DIARIO

In diesen Tagen jährt sich zum 75. Mal die Ermordung von Leo Trotzki, dem Anführer der Russischen Revolution, dem Gründer der Roten Armee und dem unermüdlichen Kämpfer für die sozialistische Weltrevolution und den Kommunismus. Selbst in den schwersten Stunden, als er den harten Bedingungen des Exils ausgesetzt war, die ihm die regierende Kaste der UdSSR aufzwingen, hatte er diesen Kampf nicht aufgegeben.

Das letzte Jahrzehnt in Trotzki's Leben war von den Anstrengungen geprägt, der revolutionären Tradition Kontinuität zu geben. Trotzki's Aufgabe war es, zum Aufbau von Organisationen beizutragen, die eine aktive Rolle in neuen Massenaufschwüngen spielen können. 1938 drückte sich das in der Gründung der IV. Internationale aus. Die Schwierigkeiten am Ende der 1930er Jahre, die Isolation der Trotzki'stInnen von breiten Schichten des Proletariats, die vor allem von SozialdemokratInnen und den offiziellen „Kommunistischen Parteien“ (KP) angeführt wurden, sowie der Abschwung der Massenbewegung nach der Niederlage der Spanischen Revolution riefen Zweifel über die Notwendigkeit der Vierten Internationalen hervor.¹

Isaac Deutscher, wahrscheinlich der beste Biograph des russischen Revolutionärs, war Anhänger dieser Position und sprach sich in seiner Trilogie über Trotzki deutlich gegen die Gründung der Vierten aus.² Er schreibt: „Trotzki entschloß sich, die neue Internationale in einer Zeit zu gründen, in der dieser Akt, wie die Polen

ihn warnten, keine Stoßkraft haben konnte.“³

Doch wenn diese Aktion wirklich „keinen Einfluss“ gehabt hätte, wie es der Historiker, der auch das Dokument der polnischen Delegierten verfasste, zu verstehen gab – wie erklären sich dann die Ermordungen einiger der wichtigsten Mitglieder der Internationalen Linken Opposition (ILO) wie Rudolf Klement, Erwin Wolf oder dem Sohn von Trotzki, Leo Sedow? Sogar an der Gründungskonferenz nahm ein eingeschleuster GPU-Agent teil. Diese Verfolgungen und Angriffe eskalierten bis zur Ermordung von Trotzki selbst.

Von seiner Verbannung aus der UdSSR 1929 bis zu seiner Ermordung war der Gründer der Roten Armee einer riesigen und internationalen Verleumdungskampagne ausgesetzt. Die Vorbereitung und Durchführung der Ermordung verbrauchte enorme Ressourcen des Sowjetstaats, der Kommunistischen Internationalen und der nationalen Kommunistischen Parteien. Die Frage erscheint offensichtlich: Angenommen, Trotzki war eine passive und vereinzelte Figur und die Tendenz des Klassenkampfes verhinderte, dass die frisch gegründete IV. Internationale irgendeinen realen Einfluss gewinnen könnte. Wie erklärt man dann die Aufwendung solcher Ressourcen für die Verleumdung und Verfolgung einer Person und seines begrenzten AnhängerInnenkreises? Warum sollte man jemanden umbringen, der unfähig scheint, in die politische Dynamik einzugreifen?

Ein Planet ohne Visum

Trotzki schrieb auf den letzten Seiten von „Mein Leben“, dass der gesamte Planet für ihn unzugänglich war. Der Revolutionär stellte ironisch fest, dass diejenigen, die die „Vorteile“ der bürgerlichen Demokratie gegenüber dem Regime des Sowjetstaats predigten, sich weigerten, ihm durch Gewährung politischen Asyls eine „praktische Lehre“ dieser Überlegenheit zu geben.

Diese Welt ohne Visum war eine bürgerliche Welt, die die Gedanken Trotzki's und seine Fähigkeit, in die Realität einzugreifen, fürchtete. In jedem Land, das ihn zeitweise empfing, wurde er isoliert, seine Eingriffsmöglichkeiten in das lokale politische Le-

1. Auf der Gründungskonferenz stimmten zwei Vertreter der polnischen Gruppe gegen die Ausrufung der neuen Internationale. Im Übergangsprogramm und zahlreichen Schriften aus der Zeit bestand Trotzki auf die Notwendigkeit, sie trotz aller Schwierigkeiten aufzubauen.

2. Die drei Bände der Biographie heißen „Der bewaffnete Prophet“, „Der unbewaffnete Prophet“ und „Der verstoßene Prophet“. Für eine Debatte mit den Positionen von Deutscher und der Entwicklung der IV. Internationale nach der Ermordung Trotzki's, siehe: Emilio Albamonte: „An den Grenzen der bürgerlichen Restauration“. In: Klasse Gegen Klasse Nr. 1. <http://www.klassegegenklasse.org/an-den-grenzen-der-buergerlichen-restauration/>.

3. Isaac Deutscher: Trotzki. Band 3. Der verstoßene Prophet. 1929-1940. Stuttgart 1963. S. 391.



der Name der Revolution

ben wurden beschränkt. Hinter diesen Auflagen stand auch der enorme diplomatische Druck der führenden Schicht der UdSSR, die Trotzki ins Exil zwang.

Deren Druck wurde öffentlich ausgeübt. Der Sowjetstaat forderte ständig die Verbannung aus jedem Land, in dem sich Trotzki aufhielt. Dies wurde von Verleumdungskampagnen gegen seine Person begleitet. Selbst kleine Organisationen der Linken Opposition wurden von GPU-AgentInnen infiltriert, um sie zu zerstören. Das Ausmaß der Verfolgung machte eine strategische Sorge der stalinistischen Bürokratie deutlich.

Die Ursachen der Verfolgung haben wenig zu tun mit einer individuellen Konfrontation der Persönlichkeiten Stalin und Trotzki, wie es die liberale Geschichtsschreibung vorgibt. Die Grundlage findet sich stattdessen in den tiefen Klassenwidersprüchen des ersten ArbeiterInnenstaates der Geschichte und besonders in den Spannungen, denen die bürokratische Kaste ausgesetzt war. Die Aktualität der revolutionären Tradition, die die Figur Trotzki ausdrückte, bedrohte ihre Macht im Rahmen einer fragilen politischen Stabilität.

Die Spannungen innerhalb der Bürokratie drückten sich im gesamten Land, aber auch in der internationalen Politik der UdSSR und der III. Internationale aus, die durch die KPdSU auf bürokratische Weise angeführt wurde. Auf diesem Gebiet unterschieden sich die strategischen und politischen Perspektiven des Trotzkiismus radikal von denen des Stalinismus.

Trozkismus und Stalinismus auf der internationalen Ebene

Die stalinistische Politik der III. Internationale ab 1924 bestand aus dem offenen Boykott der Ausweitung der internationalen Revolution. Ein Verrat nach dem anderen ging mit der Theorie des „Sozialismus in einem Land“ einher, was die Entwicklung hin zum Zweiten Weltkrieg ermöglichte.

Auf die Niederlage der Chinesischen Revolution 1925-27 folgte die kampflose Niederla- ➔





ge des deutschen Proletariats 1933. Darauf folgte die katastrophale Volksfront-Politik in Frankreich und Spanien, die im offenen Verrat der Spanischen Revolution ab 1936 mündete. Jeder Schritt des Stalinismus auf der internationalen Ebene bedeutete eine neue Niederlage für das Proletariat.

Weit entfernt davon, einfach „politische Fehler“ zu sein – die immer den nationalen Parteien und nie der Internationale zugeschrieben wurden – lag hinter dieser politischen Praxis eine tiefgreifende Logik. Der trotzkistische Anführer Ernest Mandel schrieb, dass

„man die von Stalin in der Führung der Kommunistischen Internationale begangenen ‚Fehler‘ nicht als zufällige Resultate seines, falschen Verständnisses‘ erklären kann [...] Nie stimmten seine taktischen ‚Fehler‘ mit den Interessen des sowjetischen oder internationalen Proletariats überein [...] Eine so systematische Politik kann sich nur als Ausdruck besonderer Interessen einer bestimmten sozialen Gruppe in der sowjetischen Gesellschaft erklären: der Bürokratie“⁴

Über die ganzen 30er Jahre hinweg konzentrierte sich Trotzki Politik in Westeuropa darauf, zur Entwicklung des revolutionären Kampfes beizutragen, ausgehend von der Verteidigung der Positionen des Proletariats gegen den Faschismus und die Reaktion.

So machte Trotzki nachdrückliche Aufrufe zur Formierung einer Einheitsfront zwischen der SPD und der KPD gegen den Faschismus. Er kritisierte die Volksfront-Politik der KP in Frankreich hart, die den Aufstieg der bonapartistischen Rechten ermöglichte, während sie das Proletariat im Kampf um die Macht entwaffnete. In der Spanischen Revolution vertrat er eine Perspektive der politischen Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse, um das „blinde, taube und stumme“ Stadium der ersten Phase der Revolution zu überwinden, die enorme Kraft der kämpferischen ArbeiterInnenklasse zu entfesseln und die Grenzen ihrer Führung zu überschreiten.

In dieser Periode erwiesen sich die Theorie und das Programm der Permanenten Revolution als einzige strategische Alternative zur stalinistischen Politik. Davon ausgehend versuchte Trotzki mit jeder Taktik oder Politik eines: die Massenbewegung auf den revolutionären Weg zu leiten. Vor allem die Führungsrolle der Kommunistischen Parteien und der III. Internationale verhinderte die Entwicklung einer solchen von der Bourgeoisie unabhängigen Politik, mit der das Proletariat während dieser Phase des Klassenkampfes hätte siegen können.

Verbunden mit dieser globalen politischen Perspektive trat Trotzki in jedem einzelnen Kampf für den Aufbau revolutionärer Organisationen ein. Sie sollten einen realen Einfluss auf den Klassenkampf entwickeln oder, in weniger aussichtsreichen Situationen, als Strömungen auftreten, die sich mit den strategischen Lehren aus diesen Kämpfen bewaffneten. Die „Furcht“ der stalinistischen Bürokratie vor Trotzki bestand zu großem Teil in diesem Potential: dem Zusammenfluss der Linken Opposition mit Teilen der Massen, die sich angesichts des Kampfes gegen den Faschismus und die Reaktion radikalisierten.

In einer Zeit der Kriege, Wirtschaftskrisen, des Kampfes gegen den Faschismus und der revolutionären Tendenzen bot der Trotzkiismus ein Programm, eine Politik und Taktiken an, die im Rahmen einer Strategie den Sieg ermöglichen könnten. Diese Möglichkeit brachte den internationalen *status quo* in Gefahr, in dem sich die UdSSR zu einem konservativen Faktor entwickelte.

Die Niederlagen auf der internationalen Ebene können nicht von den internen Widersprüchen des Sowjetstaates dieser Jahre getrennt werden. Deshalb werden wir einige dieser Widersprüche genauer betrachten.

Die Sowjetbürokratie, eine konservative Kaste

1936 veröffentlichte Trotzki „Verratene Revolution“, eine umfassende Studie der Situation des ersten ArbeiterInnenstaats der Geschichte. Sie zeigt die Probleme auf, die durch die Verzögerung der internationalen Ausweitung der Revolution und die Verwaltung des Staates durch eine herrschende bürokratische Kaste, die das Proletariat politisch enteignete, entstanden.

In den 30ern war das stalinistische Regime noch weit von Stabilität entfernt. Die wirtschaftlichen Wendungen der Bürokratie, die nur pragmatisch durchgeführt wurden, führten zwischen 1927 und 1934 zu großen sozialen und politischen Krisen und stießen das Land in einigen Momenten an den Rand des BürgerInnenkriegs.

Die Gründe des brutalen stalinistischen Zickzack-Kurses liegen im sozialen Charakter der bürokratischen Kaste. Sie war keine „legitime“ Klasse, sondern ernährte sich von der ArbeiterInnenklasse, die sie politisch enteignete. Vor den Augen der Massen erschien ihre Existenz nicht „natürlich“, sondern aufgezwungen. Als privilegierte Kaste war sie gezwungen, jedes Anzeichen von Demokratie in der Gesellschaft und der KP der UdSSR zu unterdrücken.

Doch für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft ist das Bestehen der breitesten politischen Demokratie unter den Massen nötig. Die Bevölkerung muss sich an allen Entscheidungen ausgiebig beteiligen, die Notwendigkeiten, Ressourcen und Möglichkeiten bestimmen und die Beschlüsse kollektiv fällen. Die Unterdrückung der Demokratie verhinderte die Kontrolle der Massen über die Staatsverwaltung. Die Wirtschaft funktionierte nicht nach einem demokratisch definierten Plan, sondern nach den Erfordernissen einer kleinen und privilegierten Kaste. Die bürokratische Planung machte es unmöglich, die Dynamik der gesamten Wirtschaft vorzusehen. Dadurch festigten sich die Tendenzen zum Chaos und zur Verschwendung von Arbeitskraft – auch wenn immer noch ein deutlicher Fortschritt im Vergleich zur kapitalistischen Anarchie zu verzeichnen war. Der Zickzack-Kurs der Bürokratie war die empirische Antwort auf jede einzelne Krise, die aus diesen Problemen entstand.

Die sozialen Unterschiede zwischen den privilegierten Schichten der Staatsbürokratie und den Massen nahmen zu. Dieser Aspekt spielte eine zentrale Rolle in den Reflexionen von Trotzki, der sagte, dass die *„große Mehrheit der Sowjetarbeiter [...] heute schon der Bürokratie feindlich gegenüber [steht] [...] [Aber die] Arbeiter fürchten, mit der Niederwerfung der Bürokratie der kapitalistischen Restauration einen Weg zu bahnen.“*⁵ Die Bürokratie erschien als ein „notwendiges Übel“ angesichts des imperialistischen Drucks. Im selben Text schreibt Trotzki:

*„Die immer aufdringlichere Vergottung Stalins bildet [...] einen unerlässlichen Bestandteil des Regimes. Die Bürokratie braucht einen unantastbaren obersten Schiedsrichter, einen Ersten Konsul, wenn nicht einen Kaiser, und sie erhebt auf ihren Schultern den, der ihren Herrschaftsansprüchen am meisten entspricht. [...] Jedes ihrer Mitglieder auf seinem Posten meint: ‚Der Staat bin ich! In Stalin finden sie ohne Mühe sich selbst. Doch auch Stalin entdeckt in jedem von ihnen ein Partikel seines Geistes. Stalin ist die personifizierte Bürokratie, und das macht seine politische Persönlichkeit aus.“*⁶

Die Wahl eines „Schiedsrichters“, der über den sozialen Schichten stand, setzte die Auslöschung der existierenden widerspenstigen Tendenzen voraus. In diesem Rahmen war die Vernichtung der revolutionären Tradition von 1917 eine unverzichtbare Notwendigkeit.

4. Ernest Mandel: Trotsky's Marxism: An Anti-Critique. New Left Review 1/47, Januar-Februar 1968. (Eigene Übersetzung.)

5. Leo Trotzki: Verratene Revolution. <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotsky/1936/verrev/kap11.htm>.

6. Ebd.



Aus dieser Logik heraus sind die Moskauer Prozesse zu verstehen. Dort verurteilte die Bürokratie fast die gesamte bolschewistische Führung, die gemeinsam mit Lenin und Trotzki 1917 die Macht erobert und den Weg hin zu einer neuen Gesellschaft beschritten hatte, zum Tode.

Dass die zentralen „Angeklagten“ der Moskauer Prozesse Trotzki und sein Sohn Leo Sedow waren, die erfundener Taten beschuldigt wurden, ist eine Verirrung des stalinistischen Terrors, die aber für den Aufbau des bonapartistischen Regimes notwendig war. Jean Van Heijenoort beschreibt in seinem Buch die großen materiellen Schwierigkeiten, denen der russische Revolutionär während seines Exils ausgesetzt war: die Entfernung von seiner Familie und seinen FreundInnen, die dauernden wirtschaftlichen Probleme, die gefängnisähnlichen Aufenthalte im Exil. All diese Umstände machten die Absurdität der Vorwürfe, er sei der Organisator von Sabotagen und Attentaten, deutlich. Doch all das hinderte die stalinistische Bürokratie nicht, denn das Ziel der „Anklagen“ war die Konsolidierung ihrer Macht.

Doch zusätzlich fürchtete die von Stalin angeführte Kaste die Perspektive einer neuen Revolution im Land, diesmal gegen sie selbst gerichtet. Diese Perspektive konnte sich sowohl aufgrund ihrer größer werdenden sozialen Kluft zu den Massen als auch anhand des sich nähernden Krieges entwickeln. In diesem Rahmen waren die physische Existenz von Trotzki und die politische Existenz der IV. Internationale bedrohlich. Bei der Entwicklung eines revolutionären Massenprozesses innerhalb der UdSSR hätte das Zusammenfließen einer von der Oktoberrevolution geprägten Kampftradition mit dem Programm und der Politik Trotzkis eine enorme Gefahr bedeutet. Aus diesem Widerspruch heraus lässt sich die Ermordung Trotzkis erklären.

Der Name der Revolution

In den vorherigen Absätzen haben wir versucht zu zeigen, dass die entfaltete Wut des Stalinismus nicht nur psychologisch begründet werden kann. Deshalb liegt Deutscher falsch, wenn er den „Voluntarismus“ Trotzkis kritisiert, als er sich – nachdem er den Rückgang des Klassenkampfes auf internationaler Ebene beschrieb – fragt: „Warum trieb also Trotzki angesichts solch ungünstiger Aussichten die Proklamation der Vierten Internationale voran?“⁷

Die Hypothese Trotzkis lautete: Der unerbittliche Krieg wird

revolutionäre Prozesse anstoßen, die den Aufstieg der IV. Internationale zur Führung einer Massenbewegung ermöglichen. Diese Hypothese erfüllte sich nicht, sondern der Sieg der UdSSR über den Nazismus verlieh dem Stalinismus vor den Augen der Massen neues Prestige, mit dem er neue revolutionäre Dynamiken verhindern konnte.

Die Perspektive einer sozialen Revolution nach dem Krieg war für Trotzki genauso offensichtlich wie für die imperialistische Bourgeoisie und für die Bürokratie der UdSSR. Im August 1939 warnte der französische Botschafter Coulondre in einem Gespräch mit Hitler, „daß es bei Kriegsende nur einen wahren Sieger geben werde, nämlich Herrn Trotzki“⁸. Der russische Revolutionär im Exil in Mexiko reflektierte daraufhin: „Diese Herren geben dem Gespenst der Revolution gern einen persönlichen Namen.“⁹

Es ging also um die Ausnutzung von Möglichkeiten, die zu neuen Siegen der ArbeiterInnenklasse und zur Wiederherstellung des revolutionären Charakters der UdSSR führen und die bürokratische Kaste hinwegfegen konnten. 1929 schrieb Leo Trotzki im Vorwort zu „Mein Leben“:

„Die Gesetzmäßigkeit der Ereignisse erkennen und in dieser Gesetzmäßigkeit seinen Platz finden, ist die erste Pflicht des Revolutionärs. Das ist auch die höchste persönliche Befriedigung, die ein Mensch finden kann, der seine Aufgaben nicht an den Tag bindet.“¹⁰

Trotzki wusste, dass der Platz, den er sich in der Geschichte erobert hatte, ihn ein weiteres Mal in die Nähe der Führung revolutionärer Massenprozesse bringen konnte. Die stalinistische Bürokratie wusste dies auch. Daher wurde er ermordet. Trotz seiner Isolation in Mexiko und der Schwäche der politischen Organisationen der IV. Internationale stand der Name Trotzki auch 1940 noch für die Revolution.

aus „Ideas de Izquierda“ Nr. 22 aus Argentinien – Übersetzung: Peter Robe

8. Leo Trotzki: Das Zwillingsgestirn Hitler-Stalin. <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1939/12/zwilling.htm>.

9. Leo Trotzki: Wieder und immer wieder über den Charakter der UdSSR. <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1939/10/vdm-wieder.html>

10. Leo Trotzki: Mein Leben. <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/trotzki/1929/leben/00-vorwort.htm>.

7. Deutscher: Ebd. S. 393.

Hammer, Sichel

LGBT*: Weltweit sehen sich LGBT*-Menschen vermehrt Angriffen ausgesetzt. Hierzulande manifestiert sich das etwa im „Marsch für das Leben“. Welche revolutionären Antworten muss es darauf geben und wie können die Forderungen der LGBT*-Bewegung durchgesetzt werden?

VON IWAN JANOWKA UND LILLY FREYTAG

In den letzten Jahrzehnten hat die LGBT*-Bewegung¹ sehr viel erreicht: So wurden Homosexualität und eingetragene homosexuelle Partnerschaften in vielen Teilen der Welt legalisiert. Homosexualität wurde international von der Liste der psychologischen Krankheiten gestrichen. In vielen Ländern wurde es möglich, das Geschlecht sowohl auf dem Ausweis zu wechseln, als auch eventuell gewollte Hormontherapien und Operationen vornehmen zu lassen – wenn auch immer noch unter diskriminierenden Bedingungen. Diese Fortschritte haben es möglich gemacht, dass mehr LGBT* ihr Leben offen um ihre sexuelle und geschlechtliche Identität gestalten und ihre Sexualität ausleben können.

Trotz dieser und anderer Fortschritte sind LGBT*-Menschen selbst in Deutschland immer noch einer krassen Unterdrückung ausgesetzt: Lesbische und schwule Jugendliche haben eine vier bis sieben Mal höhere Suizidrate als ihre heterosexuellen AltersgenossInnen (die Rate von Jugendlichen, die Trans sind, liegt vermutlich noch einmal höher) und leiden vermehrt unter Mobbing. Auch gewalttätige homophobe und transphobe Übergriffe sind keine Seltenheit. Viele haben Angst, sich an ihrem Arbeitsplatz zu outen und ein Fünftel gibt an, schon am Arbeitsplatz diskriminiert worden zu sein. Außerdem sind LGBT*-Personen besonders oft von Arbeitslosigkeit betroffen. Das trifft vor allem auf Trans-Menschen zu, die dadurch sogar teilweise in die Prostitution gedrängt werden, insbesondere migrantische Trans. Es zeigt sich, dass in einer Welt der Ausbeutung die rechtliche Gleichstellung eben noch keine Gleichheit der sozialen Bedingungen bedeutet.

Reaktionäre Bewegungen überall

Gleichzeitig gibt es überall auf der Welt Bewegungen, die die erkämpften Rechte der LGBT*-Gemeinschaft zerstören wollen. In Deutschland wird das zum Beispiel sichtbar bei den Mobilisierungen der sogenannten „Besorgten Eltern“ gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg und beim „Marsch für das Leben“ in Berlin, bei dem christliche FundamentalistInnen, gemeinsam mit CDUlerInnen, AfD-Mitgliedern, PEGIDA-AnhängerInnen und Mitgliedern der rechten Szene gegen Frauenrechte und Rechte von LGBT* demonstrieren.

Das verunsicherte KleinbürgerInnenentum sieht sich in der Krise in seiner Existenz bedroht und verteidigt ein reaktionäres, heteronormatives Familienideal, das ihm scheinbare Sicherheit bietet. Auch in den bürgerlichen Medien wie der FAZ wird diese reaktionäre Debatte geführt und offen die Verbannung der LGBT*-Thematik aus dem Sexualkundeunterricht gefordert. Das heteronormative Modell einer Familie mit Vater, Mutter und Kind soll mit allen Mitteln verteidigt werden – das jüngst gescheiterte Betreuungsgeld war nur ein weiterer Versuch dessen.

1. Die Abkürzung LGBT* steht für „Lesbian, Gay, Bisexuell und Trans“ – das Sternchen steht für diejenigen Menschen, die sich in keiner dieser Definitionen einordnen, aber auch nicht der Heteronorm entsprechen. Trans-Menschen sind Menschen, die sich nicht (oder nicht ausschließlich) mit dem Geschlecht identifizieren, das ihnen bei ihrer Geburt zugewiesen wurde.

Der Einfluss der Kirchen ist dabei nicht zu unterschätzen. In Deutschland können kirchliche ArbeitgeberInnen sogar legal LGBT*-Menschen aufgrund ihrer Identität entlassen, unter Berufung auf ihren Sonderstatus als kirchliche Träger. Diese und viele andere Beispiele zeigen, dass man nicht von einem „linearen Wachstum der Toleranz“ gegenüber unterdrückten Gruppen ausgehen kann.

Materielle Grundlage der Unterdrückung

Im Gegenteil: Die Unterdrückung von LGBT*-Menschen ist für den Kapitalismus funktional. Einerseits benötigt er Spaltungen, um die Einheit der ArbeiterInnenklasse zu verhindern, Lohn-diskriminierung durchzusetzen und die Löhne aller zu drücken. Andererseits hinterfragen Forderungen nach sexueller Freiheit und nach Freiheit der geschlechtlichen Identität in ihrer radikalen Formulierung grundlegende Institutionen des Kapitalismus, und zwar einerseits die Zweigeschlechtlichkeit und damit die geschlechtliche Arbeitsteilung und andererseits die bürgerliche Kleinfamilie.

Die unhinterfragte Existenz von zwei Geschlechtern, mit zugewiesenen Rollen innerhalb der geschlechtlichen Arbeitsteilung, ist ein grundlegendes stabilisierendes Element für den Kapitalismus, weil es das reibungslose Funktionieren der Reproduktion der Ware Arbeitskraft zu niedrigen Kosten garantiert. Die Existenz von Trans-Menschen, aber auch die Existenz gleichgeschlechtlicher Paare, hinterfragt die Stabilität dieser Geschlechter und ihrer Rollen und gefährdet damit die Selbstverständlichkeit der geschlechtlichen Arbeitsteilung.

Der Ort, an dem die Reproduktion der Arbeitskraft auch heute immer noch privilegiert stattfindet, ist die Familie. Das heutige Familienmodell ist aus dem früh- bzw. vorkapitalistischen Familienmodell entstanden, in dem die heterosexuelle Familie eine in sich abgeschlossene Produktionseinheit war, in der die Eltern und die Kinder ihre Arbeitskraft aufwenden mussten, um den Lebensunterhalt für sich und die nicht mehr arbeitsfähigen Familienmitglieder zu erstreiten. Nicht-heterosexuelles Dasein war wenn überhaupt ein Privileg der herrschenden Klassen, die nicht so sehr an diesen Zwang gebunden waren.

Mit der Industrialisierung wurde diese Produktionseinheit teilweise aufgebrochen und jedes Familienmitglied musste seine Arbeitskraft einzeln an die KapitalistInnen verkaufen. Die Familie wurde von einer Produktionseinheit tendenziell zu einer Konsumtionseinheit, in der aber auch heute noch wichtige reproduktive Arbeiten – das heißt Arbeiten, die der Wiederherstellung der Arbeitskraft dienen, wie kochen, putzen, Kinder erziehen – privilegiert geleistet werden.

Mit den Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung wurde unter anderem die Kinderarbeit verboten und die Löhne so weit erhöht, dass Familien ohne den Verkauf der Arbeitskraft der Kinder überleben konnten. In einigen Ländern setzte sich das Ein-Ernährer-Modell durch, das es Männern ermöglichte, so viel Geld zu verdienen, wie sie zum Unterhalt einer Familie benötigten. Gleichwohl sorgte dieses Modell auch für eine neue Zementierung der ökonomischen Abhängigkeit und der geschlechtlichen Arbeitsteilung.

Trotz dieser Widersprüchlichkeit waren diese Errungenschaften ein wichtiger Schritt dahin, dass auch einige Menschen der Ar-

& Regenbogen

beiterInnenklasse die Möglichkeit bekamen, außerhalb von heterosexuellen Beziehungen zu leben. Dies betraf vor allem weiße Männer, die nun alleine ihren Lebensunterhalt erstreiten konnten.

Kapitalismus und Familie

Dennoch: Der Kapitalismus, so wie er historisch gewachsen ist, braucht die Familie als Ort, an dem kostenlose Reproduktionsarbeit geleistet wird. Sie ist notwendig, um die Arbeitskraft der ArbeiterInnenklasse zu erhalten und die nächste Generation des Proletariats heranzuziehen. Außerdem wird durch die Institution der Familie die Frauenunterdrückung immer wieder neu reproduziert, auf die das Kapital angewiesen ist, um eine geschlechtliche Arbeitsteilung durchzusetzen, die die Frauen auch außerhalb der familiären Sphäre einer besonderen Ausbeutung unterwirft. Es existiert also ein materielles Interesse der Bourgeoisie an der Weiterexistenz der bürgerlichen Kleinfamilie, die sich rechtlich und ideologisch in der Förderung der heterosexuellen Ehe ausdrückt.

Für revolutionäre MarxistInnen muss natürlich die Forderung nach einer Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe zum Programm gehören, da damit ein weiterer Teil der strukturellen Unterdrückung gegenüber LGBT*-Menschen beseitigt wird. Wir müssen immer an der Stelle sein, um an der Seite von unterdrückten Gruppen für ihre Rechte zu streiten. Dabei dürfen wir aber kein Vertrauen in den kapitalistischen Staat haben und uns nicht davon abhalten lassen, die Frage der sexuellen Freiheit grundsätzlicher zu stellen.

Für das Leben vieler LGBT* ist die „Ehe für alle“ keine zentrale Frage, weil sie von viel krasserer Formen der Unterdrückung und Ausbeutung betroffen sind. Die Forderung der gleichgeschlechtlichen Ehe greift diese Ausbeutung und Unterdrückung nicht grundsätzlich an. Der Kapitalismus kann möglicherweise in der Lage sein, bestimmte „anständige“ Sexualitäten und Identitäten in seine Familienideologie zu integrieren, solange sie sich an die Heteronorm anpassen und damit die Reproduktionsfunktion der Familie nicht angreifen. Der Kampf gegen die Unterdrückung der großen Mehrheit der LGBT*-Menschen benötigt aber viel grundsätzlicher den Kampf gegen die Familie und damit auch gegen die Ehe selbst.

Was tun für die Befreiung?

Der Kampf für die Befreiung von LGBT* ist ein Kampf gegen rechtliche Diskriminierung, gegen Homophobie und gegen Transphobie. Es ist auch ein Kampf für die Rechte der Jugend und anderer unterdrückter Sektoren. Dabei kann sich der Kampf letztlich aber nicht auf die Erweiterung von Rechten beschränken. Denn selbst „Gleichheit vor dem Gesetz ist noch nicht Gleichheit im Leben“, wie es Wladimir Lenin ausdrückte. Die Unterdrückung von LGBT*, in der Schule, in der Uni, bei der Arbeit, in der eigenen Familie, ist vor allem eine soziale Frage. LGBT* der ArbeiterInnenklasse werden zum Beispiel besonders ausgebeutet. Ihre Unterdrückung nutzt den KapitalistInnen und wird von ihnen deshalb nicht

aufgegeben werden. Der Kampf für Befreiung ist also auch notwendigerweise ein Kampf gegen Ausbeutung.

Im Kampf gegen die Familie wird sichtbar, dass Frauenbewegung, LGBT*-Bewegung und ArbeiterInnenbewegung letztlich denselben Horizont haben. Die Institution der Familie verstetigt die Frauenunterdrückung und sie hält ideologisch Homo- und Transphobie am Leben. Sie ist außerdem als zentrale Institution des Kapitalismus ein Hindernis der ArbeiterInnenklasse für ihre Befreiung. Gegen die Familie als Reproduktionseinheit im Kapitalismus müssen wir die Forderung der Vergesellschaftung der Hausarbeit stellen.

Das oben genannte zeigt, dass die LGBT*-Befreiung materiell nur durch die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln möglich ist. Echte sexuelle Freiheit und Freiheit der geschlechtlichen Identität kann für niemanden – nicht nur für LGBT* – in einer Gesellschaft des Zwangs, der Ausbeutung und der Entfremdung existieren und benötigt damit die Abschaffung des Kapitalismus. Dafür braucht es eine kämpfende Bewegung der ArbeiterInnen, LGBT*, Frauen und Jugendlichen und aller Unterdrückten.

Schon heute muss dieser Kampf auf der Straße, in den Betrieben, Gewerkschaften, Unis und Schulen geführt werden – und er muss vor allem von der ArbeiterInnenklasse geführt werden, weil sie die politische und ökonomische Kraft entfalten können, um die Herrschenden zu stürzen. Gemeinsam müssen wir uns organisieren, damit wir der Ausbeutung und Unterdrückung ein endgültiges Ende setzen können – während LGBT* natürlich gleichzeitig eigene Forderungen für ihre Befreiung aufstellen und sich dafür selbst organisieren. Es ist klar, dass der Kampf gegen die ökonomische Ausbeutung, die politische Unterdrückung und für die sexuelle Befreiung – die alle miteinander zusammenhängen – nur über den Weg der sozialistischen Revolution führen kann.



➤ Fortsetzung von Seite 20

Neuwahlen zur Rettung der Legitimität

Nach der Durchsetzung des Memorandums im Parlament setzte Tsipras auf ein durchsichtiges Manöver: Er löste die Regierung auf und trat zurück, um Neuwahlen zu erzwingen. Diese werden am 20. September stattfinden.

Tsipras will der Regierung eine neue Stabilität geben, indem alle „kritischen“ Sektoren aus seiner Parlamentsfraktion entfernt werden. Damit werden Fakten geschaffen, statt dem Syriza-Parteitag eine ernsthafte Bilanz des kolossalen Scheiterns seiner Strategie vorzulegen. Er will sich auch elektoral neu legitimieren lassen, bevor die Konsequenzen des „dritten Rettungspakets“ sich in den Portemonnaies der Mehrheit der Bevölkerung allzu bemerkbar machen.

Unter Druck gesetzt durch die Ankündigung von Neuwahlen, konkretisierten die Mitglieder der „Linken Plattform“ in Syriza am 21. August das, was schon vorher ein Fakt war: den Bruch der Partei. Die „kritischen“ Sektoren haben eine neue politische Formation gegründet, „Volkseinheit“ (*Laiki Enotita*, LAE).

Die GründerInnen der neuen Partei LAE sind 25 Parlamentsabgeordneten von Syriza, darunter Kostas Ysichos, ehemalige Nummer Zwei im Verteidigungsministerium; Dimitris Stratulis, ehemaliger Sozialminister; der Ökonom Kostas Lapavitsas; und ihr wichtigster Wortführer, Panagiotis Lafazanis, bis vor Kurzem Energieminister. Die Mehrheit der Mitglieder des Syriza-Zentralkomitees ist inzwischen zurückgetreten und werden sich vermutlich größtenteils ebenfalls der Formation anschließen.

Es ist zu erwarten, dass der Desintegrationsprozess von Syriza anhält. In Umfragen bleibt Syriza aktuell immer noch stärkste Partei und Tsipras genießt weiterhin eine hohe Popularität (und wird auch immer stärker von der griechischen Bourgeoisie umgarnt), doch der Abstand zur konservativen *Nea Dimokratia* ist zusammengeschnitten. Viele WählerInnen setzen Hoffnungen in die neu gegründete LAE.

Zurück zur „Syriza der Ursprünge“?

LAE teilt mit Syriza eine parlamentarische Strategie, deren Schlüssel in der Erlangung von Positionen in den Institutionen des kapitalistischen Staates besteht, während sie eine passivierende Rolle in der sozialen Mobilisierung spielt. Mit der „Volkseinheit“ wollen die ehemaligen Mitglieder der Linken Plattform zur „wirklichen Syriza“ der

letzten Jahre zurückkehren, angereichert mit einem „Anti-Euro“-Profil. In einem Aufruf vom 26. August betonen sie, „die Linke Plattform wird den Versprechen Syrizas treu bleiben“ und „unmittelbar an der Schaffung einer breiten Anti-Memorandums-Allianz“ mitwirken.

Kein Wort jedoch über ihre eigene politische Verantwortung als Teil der Führung von Syriza und ihrer Regierung bis vor gerade einmal ein paar Wochen. Angesichts der immer neuen Konzessionen von Tsipras an die Troika, die zur Zustimmung zum dritten Memorandum führten, haben die „KritikerInnen“ es weder geschafft noch wirklich versucht, eine soziale Kraft zu mobilisieren, die sich der Erpressung der Troika entgegenstellt. Sie haben alles auf parlamentarische Manöver und die Auseinandersetzungen innerhalb von Syriza gesetzt. Erst mit der Auflösung der Regierung trennten sie sich von Syriza.

Der linke Flügel innerhalb von Syriza hat somit eine schändliche Rolle als linkes Feigenblatt der Regierungspolitik gespielt. Anstatt die Lehren daraus zu ziehen, bereiten sie nun die Wiederholung der Geschichte vor. Doch der Kampf gegen die Troika, basierend auf einer klaren Strategie der Konfrontation des europäischen und einheimischen Kapitals, kann nur durch die Mobilisierung der ArbeiterInnen und der Massen geführt werden.

Debatte um den „Grexit“

Der wichtigste Vorschlag der „Volkseinheit“ im Gegensatz zur „europäischen“ Politik der Syriza-Führung ist der „geordnete“ Austritt aus dem Euro, wie ihn Lafazanis und Lapavitsas bewerben.

Dieser Vorschlag ist Teil einer bürgerlichen Variante, mit der Entwertung einer neuen Währung als Strategie zur Wiedererlangung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft – auf Kosten des Verlusts der Kaufkraft der griechischen ArbeiterInnen. Die Logik des „geordneten“ Austritts ohne Bruch mit den Institutionen des Kapitals basiert auf der Hoffnung, dass ein möglicher Aufschwung in der Zukunft diese sozi-

ale Katastrophe wieder wett machen wird.

Doch es handelt sich nicht um eine technische Diskussion über den besseren Wirtschaftsplan. Die Wahl zwischen dem Verbleib im Euro oder dem Austritt à la Lapavitsas ist wie die Wahl zwischen Pest und Cholera. Denn hier geht es um eine Klassenfrage.

Es ist zwar richtig, dass es innerhalb der Europäischen Union keinen progressiven Ausweg aus der Krise geben kann. Doch ein „Grexit“ unter kapitalistischen Bedingungen kann das genauso wenig. Die Frage ist deshalb nicht, ob „Grexit“ ja oder nein, sondern wie eine soziale Kraft aufgebaut werden kann, die unabhängig von der Syriza-Regierung ist und ihr mit einem revolutionären Übergangsprogramm die Stirn bieten kann – mit einem Sofortprogramm, welches die Rücknahme aller Memoranden, den Wiederaufbau der Gesundheitsversorgung, die Verstaatlichung der Banken und der Industrie, die ArbeiterInnenkontrolle der Produktion, den Aufbau von Selbstverteidigungskomitees gegen die faschistische Gefahr und gegen die Polizei usw. beinhalten muss.

Daraus folgt die Frage: Wie kann der Regierung eine alternative Perspektive aufgezwungen werden, ohne die Kämpfe der ArbeiterInnen zu einem unbefristeten Generalstreik zusammenzuführen? Wie kann ein unbefristeter Generalstreik geführt werden, ohne die beschränkende Rolle der Gewerkschaftsbürokratien zu überwinden? Wie kann schließlich die Produktion im Sinne der ArbeiterInnenklasse und eine Regierung im Interesse der ArbeiterInnen, der Jugend und der armen Massen durchgesetzt werden, ohne die Machtfrage zu stellen? Es ist klar, dass es hier nicht um die „Grexit“-Frage, sondern letztlich um die Frage der Revolution geht.

LAE verteidigt demgegenüber ein Programm der Klassenversöhnung für einen „keynesianischen Sozialpakt“ im Rahmen des Kapitalismus – auch wenn es sich in diesem Fall um einen „nationalen Kapitalismus“ handeln soll. Aber es war diese reformistische Strategie – und nicht nur der

LEFT VOICE: Augenzeugenberichte aus Athen

GenossInnen der Trotzkiistischen Fraktion – Vierte Internationale (FT-CI) machten Anfang August eine internationalistische Reise in das aufgewühlte Griechenland, um sich ein Bild von der Situation und den Debatten innerhalb der griechischen Linken zu machen. Ihre Beobachtungen und Schlussfolgerungen können auf der englischsprachigen linken Nachrichtenseite *Left Voice*, als Teil des Projekts digitaler Tageszeitungen *La Izquierda Diario*, welches von GenossInnen der FT angestoßen wird, in voller Länge nachverfolgt werden.

www.leftvoice.org



Tsipras – SYRIZA



Lafazanis – Volkseinheit



ANTARSYA

„Europäismus“ von Tsipras –, die zum Scheitern der Erfahrung von Syriza geführt hat.

Welche Strategie für die griechische Linke?

Die AnführerInnen von LAE präsentieren die neue Partei als Ausdruck des „Nein bis zum Schluss“ – als Antwort auf die Hoffnungen der 61 Prozent der Bevölkerung, die beim Referendum am 5. Juli gegen die Troika gestimmt haben.

LAE ruft nun zu einer „Anti-Memorandums-Allianz“ auf. Schon Mitte August hatte ein Aufruf von 13 Organisationen der griechischen Linken, darunter neben linken Teilen von Syriza auch die SAV-Schwesterorganisation *Xekinima* sowie zwei Gründungsorganisationen von der linksradikalen Koalition Antarsya, ARAN und ARAS, eine solche Perspektive vertreten.

Das allein zeigt, dass die Gründung der „Volkseinheit“ im Rahmen einer Neuzusammensetzung der griechischen Linken nach der absoluten Kapitulation Syrizas stattfindet. Ob LAE den Syriza-Unmut kapitalisieren kann, wird davon abhängen, ob die radikale Linke in der Lage ist, bis zum Schluss die Lehren der gescheiterten Strategie der „breiten Parteien“ zu ziehen, die keine strategische Ausrichtung auf die ArbeiterInnenklasse und den Kampf für eine ArbeiterInnenregierung haben, sondern die Perspektive reformistischer und volksfrontlerischer „linker Regierungen“ hochhalten.

Diese Auseinandersetzung findet aktuell in Antarsya statt. Die unterschiedlichen Projekte innerhalb dieses Bündnisses sind ein Ausdruck genau dieser Debatte über „breite Parteien“. Innerhalb von Antarsya schlug ein Sektor (ARAN und ARAS) die Möglichkeit eines Zusammenflusses mit der Linken von Syriza in einer politischen Wahlfront im Sinne eines „breiten“ Reformismus vor, während ein linker Flügel (SEK und OKDE-Spartakos) die Notwendigkeit einer unabhängigen Perspektive und eines antikapitalistischen Programms verteidigte. Diese Spannungen haben sich nun in einer Spaltung niedergeschlagen: Die große Mehrheit von Antarsya wird mit einer unabhängigen Kandidatur zu den Wahlen antreten; ARAS und ARAN werden sich der „Volkseinheit“ anschließen.

Wie sich die Kräfteverhältnisse in der kommenden Periode auch entwickeln: Antarsya kommt eine Schlüsselrolle dabei zu, eine von der Regierung unabhängige materielle Kraft zu organisieren – oder in der Unterordnung unter Lafazanis und Co. zu kapitulieren.

Aufgrund der Rolle des deutschen Imperialismus spielt auch die deutsche Linke eine gewichtige Rolle in dieser Auseinandersetzung. Die zentrale Frage, gegen die Pläne des deutschen Kapitals auch hierzulande Widerstand zu leisten, kann nicht ernsthaft angegangen werden, wenn Teile der deutschen Linken – vor allem die Führung der Linkspartei – weiterhin an der Allianz mit Tsipras festhalten. Doch auch die Euphorie gegenüber LAE und die unkritische Übernahme der „Grexit“-Debatte trägt nicht zu einer seriösen Bilanz des Geschehenen bei. Anstatt einen neuen „linken“ Souveränismus zu feiern, muss die deutsche Linke dabei mithelfen, eine wahrhaft internationalistische Antwort auf die Dominanz des deutschen Kapitals in Europa und auf die Memorandumspolitik zu geben.

Für ein Programm der Klassenunabhängigkeit!

Diese strategische Debatte bewegt sich jedoch längst nicht nur auf der Ebene der politischen Umgruppierungen links von Syriza. Denn es ist ja nicht nur die Tsipras-Strategie gescheitert, mit der Troika zu verhandeln, sondern auch die Lafazanis-Strategie, die parlamentarische Bühne als einzigen Ort der Austragung der Kräfteverhältnisse zu suchen. Wenn es die Linke außerhalb von Syriza nicht schafft, die materielle Kraft der ArbeiterInnenklasse für ein Programm der Klassenunabhängigkeit, der ArbeiterInnenkontrolle der Produktion, des Kampfs für eine ArbeiterInnenregierung und für einen revolutionären Bruch zu mobilisieren, wird sie nur „Staub der Geschichte“ sein.

Das gilt besonders für die KKE, die ihre Organisationsmacht in der Klasse nicht für eine effektive Mobilisierung gegen die Regierung nutzt. Das gilt aber auch für die restliche radikale Linke, wenn sie es nicht schafft, Strukturen in der Arbeiter-

Innenbewegung aufzubauen, die der bürokratischen KKE eine Einheitsfront aufzwingen können.

Trotz der weiterhin hohen Umfragewerte für Tsipras gibt es eine soziale und politische Polarisierung sowie heroischen Widerstand in einigen Sektoren, jedoch ohne eine gemeinsame Perspektive und große Mobilisierungen. Kämpfe wie bei den DozentInnen, Streiks der HafendarbeiterInnen gegen die Privatisierung, der Streiktag im öffentlichen Dienst und bei den ApothekerInnen gegen das Memorandum und ähnliche Kämpfe deuten an, dass eine neue Welle des Widerstands – auch gegen die Syriza-Regierung – kommen könnte. Die Stimme der ArbeiterInnen, die in den ersten Jahren der Krise über 30 (wenn auch begrenzte) Generalstreiks durchgeführt haben, könnte wieder durch die Straßen der griechischen Städte hallen – vorausgesetzt, die griechische Linke ist dazu fähig, eine politische Perspektive jenseits der „Miserere des Möglichen“ von Syriza anzubieten.

Die neue „Anti-Memorandums-Allianz“ nutzt dazu die Parole des „Nein bis zum Schluss“, um die Unzufriedenheit der Massen zu kanalisieren. Zusätzlich zu der Politik des Austritts aus dem Euro unabhängig von jeder revolutionären Strategie sind das die beiden Schlachtpferde, die der Reformismus für seine Erneuerung nutzt. Es reicht nicht, all diejenigen zu sammeln, die für ein „Nein bis zum Schluss“ sind. Denn auch wenn es unzweifelhaft nötig ist, die Kraft des Widerstands der letzten Jahre neu zu organisieren, kann dies ohne Abrechnung mit dem versöhnlichen Kurs der Syriza-Regierung nicht geschehen. Der Aufbau von reinen „Anti-Austeritäts-Fronten“ ohne revolutionäre Strategie, ohne die massenhafte Mobilisierung der ArbeiterInnenbewegung, kann die Tragödie von Syriza nur wiederholen – diesmal als Farce.

Der Kampf gegen die Pläne der Troika und der verräterischen Regierung kann sich nur „bis zum Schluss“ entwickeln, wenn es eine Einheit der ArbeiterInnen und Massen in einer Einheitsfront ihrer Organisationen gibt, die die soziale Kraft der ArbeiterInnen auf den Straßen und in den Betrieben in Bewegung setzt und die kapitalistischen Profite in Frage stellt. Das ist die Schlüsselfrage für die kommende Periode.

Vergessene KommunistInnen

GESCHICHTE: Der Historiker Marcel Bois legt ein Buch über die linke Opposition der KPD vor.

VON WLADEK FLAKIN

Wie konnte es passieren? Anfang der 30er Jahre erlebten die Nazis einen rasanten Aufstieg – tagtäglich griffen braune Schlägertrupps SozialistInnen an. Sie drohten damit, die millionenstarke ArbeiterInnenbewegung in Deutschland zu pulverisieren. Doch die beiden ArbeiterInnenparteien, die SPD und die KPD, verharmlosten die faschistische Gefahr – in der jeweils anderen Partei sahen sie ihren Hauptfeind. „Bolschewismus und Faschismus sind Brüder“, erklärte SPD-Mann Otto Wels zu seiner Ablehnung eines Bündnisses mit den KommunistInnen gegen die NSDAP. Sozialdemokratie und Faschismus seien „keine Antipoden, sondern Zwillinge“, sagte seinerseits Josef Stalin, der seit Mitte der 20er Jahre zum Diktator der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale aufgestiegen war.

Eine Einheitsfront der ArbeiterInnenbewegung – darauf drängte eine kleine Organisation, die Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten). Die SPD hatte seit 1914 immer wieder ArbeiterInnen massakriert, um die Herrschaft des deutschen Kapitals zu sichern – von ihr war nicht viel zu erwarten. Doch die KPD konnte die ArbeiterInnen im Kampf gegen Hitler vereinigen und anschließend auch die Bourgeoisie stürzen – wenn sie nur die verhängnisvolle Theorie des „Sozialfaschismus“ abwerfen und eine antifaschistische Einheitsfront gründen würde.

Dafür trat die Linke Opposition (LO) ein – obwohl ihre knapp 1.000 Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen worden waren, kämpfte sie weiterhin für eine Kursänderung. In einzelnen kleinen Städten konnte die LO eine ArbeiterInneneinheitsfront tatsächlich anstoßen und die Nazis aus der Öffentlichkeit verbannen. Diese kleinen Beispiele zeigten, was möglich gewesen wäre.

Linke Oppositionen

Der junge Historiker Marcel Bois aus Hamburg hat nun eine Gesamtdarstellung der Linken Opposition der KPD vorgelegt. Darin stellt er nicht nur die trotzkistische Gruppe vor, sondern insgesamt fünfzehn verschiedene kommunistische Strömungen, die sich im Laufe der 20er Jahre als links von der Parteiführung verorteten und zu unterschiedlichen Zeitpunkten



ausgeschlossen wurden.

Die Kategorie „linke KommunistInnen“ ist nicht ohne Schwierigkeiten, denn sie umfasst teilweise entgegengesetzte Positionen. So stellte sich die „Linke Opposition“, die 1924 unter Ruth Fischer, Arkadi Maslow und Werner Scholem die Parteiführung übernahm, bedingungslos gegen jede Einheitsfront mit der Sozialdemokratie und jede Mitarbeit in Gewerkschaften. Diese Führung trieb gleichzeitig die „Bolschewisierung“ der KPD voran – das war ihr Begriff dafür, jede andere Strömung mundtot zu machen oder auszuschließen. Diese KPD-Linke orientierte sich an Grigori Sinowjew, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale, und wurde von der Parteiführung abgelöst, sobald Sinowjew bei Stalin in Ungnade fiel.

Die Linke Opposition, die sich Anfang 1930 in Berlin gründete, stellte sich ausdrücklich gegen die frühere KPD-Linke. Sie orientierte sich an Leo Trotzki, der zu diesem Zeitpunkt im Exil auf der türkischen Insel Prinkipo lebte. Die LO trat für eine Wiederbelebung der Räte-demokratie in der Sowjetunion genauso wie der Parteidemokratie innerhalb der KPD ein. Vor allem argumentierte sie, dass die KPD die Millionen ArbeiterInnen, die noch der SPD anhängen, für einen gemeinsamen Kampf gegen die Nazis gewinnen musste – indem man die Sozialdemokratie permanent zur Einheitsfront aufforderte.

Gewisse personelle Überschneidungen gab es zwischen diesen beiden linken Oppositionen, etwa den Neuköllner Metallarbeiter Anton Grylewicz, der im ersten Weltkrieg Mitglied der revolutionären Obleute, später Mitarbeiter von Fischer und Maslow, und noch später eine Führungsfigur des deutschen Trotzkismus

war. Doch letztere Opposition vertrat die Positionen der kommunistischen Internationale unter Lenin und Trotzki, vor dem Aufstieg des Stalinismus – erstere stand für jene linksradikale „Kinderkrankheit“, die die Kommunistischen Parteien in die Bedeutungslosigkeit führte und deswegen stets von Lenin bekämpft wurde. Die vorliegende Gesamtdarstellung hat jedoch den Vorteil, dass sie deutlich macht, wie schwer es für Trotzki und die Internationale Linksopposition der Komintern war, eine tatsächliche linke Opposition in Deutschland aufzubauen.

Massive Datenbank

Über manche Strömungen, die Bois vorstellt, sind bereits Bücher erschienen – doch stellt er auch viele neue Erkenntnisse vor, zum Beispiel über die „Weddinger Opposition“ der KPD (die trotz ihres Namens hauptsächlich in der Pfalz verankert war), die in der trotzkistischen Organisation aufging.

Besonders interessant ist Bois' Datenbank: Biographische Daten hat er von über 1.000 LinkskommunistInnen der verschiedenen Gruppen zusammengetragen. Damit kann er die Verleumdungen der StalinistInnen widerlegen: Die Opposition bestand nicht etwa aus jungen, unerfahrenen Intellektuellen, sondern vor allem aus kommunistischen ArbeiterInnen mit jahrelanger Erfahrung in der Partei.

Über einzelne Punkte in diesem Buch lässt sich debattieren (siehe Teil II der Rezension). Aber *Kommunisten gegen Hitler und Stalin* bietet eine reichhaltige und systematische Quelle, um solche Debatten zu führen. Diese mühsame Arbeit von Bois verdient Lob von allen MarxistInnen.

Teil II dieser Rezension erscheint online.



Marcel Bois



Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die Linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Klartext Verlag, Hamburg 2014. 613 Seiten.

VON MAX KARLMANN

Bei den Vorwahlen in Argentinien konnte sich die Partei Sozialistischer ArbeiterInnen (PTS, unsere Schwesterpartei und argentinische Sektion der Trotzlistischen Fraktion – Vierte Internationale) als wichtigste linke Organisation in Argentinien etablieren. Sie trägt zusammen mit der bisher stärkeren ArbeiterInnenpartei (*Partido Obrero*, PO) und der deutlich kleineren Sozialistischen Linken (*Izquierda Socialista*, IS) die FIT. Insgesamt verbesserte die FIT ihr Ergebnis gegenüber den letzten Vorwahlen von 2011 um 40 Prozent.

Innerhalb der FIT, die seit 2011 besteht und 2013 mit 1,2 Millionen Stimmen drei Abgeordnete ins nationale Parlament brachte, gibt es zwischen PTS und PO eine Strategiedebatte. Deshalb gab es jetzt erstmals zwei Listen, von denen sich die der PTS überraschend durchsetzte. Die von Nicolás del Caño und Myriam Bregman angeführte PTS-Liste mit dem Namen „Erneuern und stärken“ erhielt 51,07 Prozent der FIT-Stimmen, 15.000 Stimmen mehr als die vom sehr prominenten Jorge Altamira angeführte PO-Liste „Einheit“.

Wahlergebnis

Doch der Erfolg bei Wahlen macht noch keine revolutionäre Partei. Der großartige Erfolg der PTS in der politischen Arena steht im Gegensatz zu ihren wenigen tausend Mitgliedern.

Im Jahr 2007 stand die französische Revolutionär-Kommunistische Liga (LCR) vor einem ähnlichen Problem. Sie hatte bei den Präsidentschaftswahlen 4,08 Prozent der Stimmen erreicht. Um den Widerspruch zwischen diesem Wahlergebnis und ihrer geringeren Mitgliederbasis zu überwinden, rief sie zur Gründung der Neuen Antikapitalistischen Partei (NPA) auf, in die sie sich selbst auflöste. Doch die NPA ist inzwischen weniger als halb so groß wie die alte LCR. Denn aufgrund ihrer unklaren Strategie konnte die NPA keine Kraft im Klassenkampf werden und sich nicht in der ArbeiterInnenbewegung verankern.

Die PO möchte mit der FIT einen ähnlichen Weg einschlagen. Sie fordert die Öffnung der FIT für klassenversöhnlerische Strömungen, die sich dem lateinamerikanischen Populismus von Chávez oder Morales anpassten und das Programm der FIT nur formell „unterzeichnen“, ohne ihre Positionen in der Praxis zu ändern.

Politische Wahlfront

Hinter der Uneinigkeit steht auch ein unterschiedliches Verständnis von der FIT. Die PO behauptet, die FIT wäre eine Einheitsfront, also eine Aktionseinheit für

Wahlfront als Impuls für revolutionäre Partei

ARGENTINIEN: Bei den Vorwahlen im August gewann die trotzkistische Front der Linken und ArbeiterInnen (FIT) 3,3 Prozent der Stimmen. Wie kann dieser historische Erfolg für den Aufbau einer revolutionären Partei genutzt werden?

ein bestimmtes Ziel, ohne bindende programmatische Übereinstimmung. Doch bei Wahlen geht es um ein politisches Programm, hier der Klassenunabhängigkeit des Proletariats, der Verstaatlichung der Produktionsmittel und des Kampfes für eine ArbeiterInnenregierung mit dem Ziel einer sozialistischen Revolution.

Die FIT ist also eine politische Wahlfront, keine Einheitsfront. Ihre prinzipienlose Öffnung würde keine einfache Ausdehnung der FIT bedeuten, sondern ihre Schwächung, da eine Verwässerung ihres Programms die Grundlagen des FIT-Erfolgs untergräbt.

Erneuern und Stärken

Die PTS-Liste „Erneuern und stärken“ macht auch einen qualitativen Unterschied. Denn auf den vielen regionalen Listen der PTS kandidierten insgesamt 1.800 ArbeiterInnen, 60 Prozent Frauen und viele Jugendliche, sowie bekannte AktivistInnen in Argentinien, darunter:

- ★ **Nicolás del Caño**, der sich als Präsidentschaftskandidat der FIT, revolutionärer Abgeordneter im argentinischen Kongress und als prominenter Unterstützer des Kampfes beim Autozulieferer Lear als kämpferische Figur der aufstrebenden ArbeiterInnen etablieren konnte;
- ★ **Myriam Bregman**, die Vizepräsidentschaftskandidatin der FIT mit ihrer wichtigen Rolle in der Aufarbeitung der argentinischen Militärdiktatur,
- ★ **Andrea D'Atri** als Anführerin der revolutionären Frauengruppierung *Pan y Rosas* (Brot und Rosen) und Figur der Frauenbewegung in Argentinien
- ★ und wichtige ArbeiterInnenführerInnen wie **Raúl Godoy**, bekannt aus dem erfolgreichen Kampf um die ArbeiterInnenkontrolle über die Keramikfabrik Zanon oder **Claudio Dellecarbonara**, einer wichtigen Figur in der BasisgewerkschafterInnenbewegung.

Viele AktivistInnen sind die Avantgarde eines aufkommenden ArbeiterInnenaktivismus. Die Rezession der argentinischen Wirtschaft wird das Niveau des Klassenkampfes erhöhen. Die Verbindung der PTS mit der Avantgarde der ArbeiterInnen – durch die FIT – ermöglicht ihr, eine organischere Basis in der Klasse zu erkämpfen.

Mit *La Izquierda Diario*, der digitalen Tageszeitung der PTS, erreicht sie hunderttausende FIT-WählerInnen und kann mit ihnen dialogisieren. Gleichzeitig forciert die PTS die Gründung von ArbeiterInnenclubs, die Fußballturniere organisieren und so ArbeiterInnen aller Altersgruppen zusammen bringen.

Es gibt keine Abkürzungen zum langwierigen Aufbau einer revolutionären Partei. Entgegen der opportunistischen Erweiterungsversuche der PO vertritt die PTS die Notwendigkeit eines ernsthaften politischen Diskussionsprozess und einer klassenkämpferischen Praxis, um die Wahlfront auszuweiten. Die Perspektive der PTS besteht darin, sich in der ArbeiterInnenbewegung zu verankern und mit den zahlreichen von der PTS angeführten Basiskomitees der FIT die kämpferischen Frauen, Jugendlichen und ArbeiterInnen zu organisieren. Sie bilden die soziale Kraft, um die FIT zu erneuern und zu stärken und konkrete Schritte zum Aufbau einer revolutionären Partei zu beschreiten.



Nicolás del Caño



Myriam Bregman



Andrea D'Atri



Claudio Dellecarbonara



Raúl Godoy

Nicolás Del Caño spricht vor 6.000 Menschen auf einer Kundgebung der PTS am 6. Dezember 2014.



Neue reformistische Illusion oder revolutionäre Alternative?

GRIECHENLAND: Nach der parlamentarischen Zustimmung zum dritten Memorandum steht dem Ausverkauf des Landes nichts mehr entgegen. In der Hitze der konvulsiven Situation aus sozialer Krise, bevorstehenden Neuwahlen und der Gründung der neuen Partei „Volkseinheit“ entwickelt sich in der griechischen Linken eine strategische Debatte.

VON STEFAN SCHNEIDER

Nach monatelangen Verhandlungen wurde das dritte „Memorandum of Understanding“ Mitte August erst vom griechischen Parlament und dann vom deutschen Bundestag offiziell verabschiedet. Dieses „Rettungspaket“ übertrifft vom Ausmaß der Privatisierungen und der sozialen Einschnitte alles, was die Troika bisher durchsetzen konnte. Die ersten Früchte für das deutsche Kapital hat das bereits getragen: Der Verkauf von 13 Flughäfen an den deutschen Konzern Fraport ist unter Dach und Fach, weitere Privatisierungen folgen. Währenddessen wird die griechische Bevölkerung massenhaft mit Kürzungen, Mehrwertsteuererhöhungen und Angriffen auf Arbeits- und Gewerkschaftsrechte terrorisiert.

Diese absolute Kapitulation vor den Interessen der deutschen sowie der einheimischen Bourgeoisie war nur möglich, weil sie von der Mehrheit der neoreformistischen Partei Syriza unter Führung von Alexis Tsipras durchgesetzt wurde. Noch im Januar wurde Syriza auf der Grundlage eines Wahlprogramms gewählt, welches ein Ende der Memoranden in Aussicht gestellt hatte. Nun setzte die Partei in nur we-

nigen Monaten mit der Unterzeichnung des dritten „Rettungspakets“ einen schärferen Kolonialpakt durch, als es alle vorherigen Regierungen je gekonnt hätten. Angetreten als „Anti-Austeritäts-Partei“, durchlief Syriza so in schwindelerregender Geschwindigkeit die tragische Geschichte des Reformismus.

Die Strategie Syrizas, auf Verhandlungen mit der erpresserischen Troika und auf die Reformierbarkeit der Institutionen des europäischen Kapitals zu setzen, ist spektakulär gescheitert. Tsipras und seine AnhängerInnen wehren sich gegen jegliche Vorwürfe und stellen sich stattdessen als aufrechte KämpferInnen dar, die ihr bestes versucht hätten, um sich gegen die Troika durchzusetzen – die Kräfteverhältnisse hätten aber nicht ausgereicht.

Die Hauptschuld an der griechischen Misere liegt beim deutschen Kapital und dem neokolonialen Terrorismus der Troika, unterstützt von der griechischen Großbourgeoisie. Doch Syriza hat eine verräterische und demobilisierende Rolle gespielt. Die einfache Wahrheit ist: Die ehemalige „linke Regierung“ Syrizas ist nun endgültig eine Austeritätsregierung. Die Politik des „kleineren Übels“ hat nicht nur nichts gebracht, sondern die Misere sogar verschärft.

Die Lektionen der historischen Kapitulation Syrizas, die bis vor kurzem von vielen Organisationen als Beispiel einer „neuen breiten Linken“ hochgehalten wurde, müssen tausenden ArbeiterInnen und Jugendliche auf der ganzen Welt zu einer tiefgründigen Reflexion dienen.

Fortsetzung auf Seite 16 ➔

